

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementsspreis Mr. 1,50 pro Altermühle. Zu beglichen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kapfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Stichroemer, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschwante Zeitzeile oder deren Raum 60 Pf.  
Vergrößerungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

## Die Genossenschaftsfrage auf dem Internationalen Sozialistenkongress.

—r. Die Stellung des Sozialismus zu dem Genossenschaftswesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte mannigfache Wandlungen erfahren. Es hat Zeiten gegeben, in denen man in den Genossenschaften — unter denen man allerdings ausschließlich die Produktivgenossenschaften verstand — Keimzellen einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erblickte. Dann wieder gab es Zeiten, in denen die Genossenschaften als Spielereien betrachtet wurden oder gar als Hindernisse auf der Bahn zum sozialistischen Zukunftstaat. Nunmehr ist die Zeit gekommen, die die große Bedeutung des Genossenschaftswesens für eine Hebung des Proletariats und für die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens zu erkennen beginnt. Der antikapitalistische Charakter der Genossenschaften tritt immer deutlicher zur Geltung, und der Sozialismus bemüht sich immer mehr, den Strom der genossenschaftlichen Kollektivarbeit seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die zunächst noch theoretische Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen zahlreiche Aspekte eines edlen Solidarismus in sich birgt und daß es große Entwicklungsmöglichkeiten bietet, strebt nach praktischer Vermirklichung. So ist es zu verstehen, daß sich auch der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt hat. Und wenn dieser Kongress, im Gegensatz zu seinen Vorgängern der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, nicht die Produktiv-, sondern die Konsumgenossenschaften in den Mittelpunkt seines Interesses und seiner Debatten gestellt hat, so erklärt sich dies eben daraus, daß heute die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumgenossenschaften die Träger des proletarischen Genossenschaftsgedankens geworden sind.

Unter allen auf dem Kongress anwesenden Genossenschaftlern herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emancipationsbestrebungen stellen und sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse. Auseinander gingen nur die Meinungen darüber, wie dieses Ziel in der Praxis zu erreichen sei, mit anderen Worten, wie die Organisation der Genossenschaften zu gestalten sei. Da in den verschiedenen Ländern die Entstehung, Entwicklung und Zusammensetzung der Genossenschaften verschieden ist und da auch die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten sehr voneinander abweichen, so ist eine einheitliche Regelung der Organisationsform ein Ding der Unmöglichkeit. Während die belgischen Genossenschaftler eine innige Verbindung zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie forderten und dabei auf die Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaften ihres Landes hinwiesen, sprachen sich die deutschen Delegierten für eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung aus. Der bekannte Genossenschaftler von Elm führte diesbezüglich aus: „Wir Deutschen halten das belgische Beispiel für uns nicht für nachahmendswert. In Deutschland sind die drei Bewegungen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft getrennt. Bei dem Versuch, Partei und Genossenschaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genossenschaft geraten, was sicher nicht im Interesse der Partei gelegen wäre. Es würde aufhören, daß jeder Arbeiter sich verpflichtet fühlt, für alle drei Bewegungen finanzielle und ideale Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen ergo werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumenten ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Unterschiede in sich zu vereinigen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften sowohl wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch.“

Diese Auffassung über das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Sozialdemokratie fand denn auch die Zustimmung des Kongresses, der in einer Resolution erklärte: „Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.“ Es wurde jedoch der Wunsch hinzugefügt, es sei „im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich, daß die Beziehungen zwischen den politi-

schen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angefasst würde, immer inniger werden.“ Mit dieser Lösung der Frage kann wohl jeder sozialistische Genossenschaftler zufrieden sein.

Interessant war es, die Einheitlichkeit zu beobachten, mit der die verschiedenen Redner den sozialistischen Kern des Genossenschaftswesens herausstahlen und den Wert der Konsumgenossenschaften für die moderne Arbeiterbewegung betonten. Der Belgier Ansele hob hervor, welche Münzenstärkung die Genossenschaften den Arbeitern während eines wirtschaftlichen oder politischen Kampfes zu bieten vermöchten, der Deutsche Wurm wies auf die Rolle hin, die die mit sozialistischen Geiste erfüllten Genossenschaften im Klassenkampfe spielen könnten, der Däne Peter erklärte, daß man die Genossenschaftsbewegung zu einer Waffe in der Hand der um ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend ringenden Arbeiterklasse machen müsse, der Holländer Wibaut betonte den großen Wert der Genossenschaften im proletarischen Emancipationskampf, und der Argentinier Justo führte aus, daß die Genossenschaften in stande seien, „die Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern. Nachdem von Elm noch einmal die Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung erwähnt und die Versicherung gegeben hatte, daß es gelungen sei, alle drei Bewegungen mit dem einheitlichen Geiste des Sozialismus zu erfüllen, begründete der österreichische Delegierte Marpels eine Resolution, die von einer Kommission ausgearbeitet worden war: „Die Kommission hat sich nicht darauf beschränkt, die Beziehungen zwischen Konsumvereinen und politischen Organisationen zu untersuchen, sondern sie hat auch geprüft, welche Bedeutung den Konsumvereinen für den proletarischen Kampf überhaupt kommt. Sie hat dabei erkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkte Vorteile gewähren, sondern auch durch die Art ihrer Organisation eine Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter darstellen. Besonderer Wert legt sie darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leistung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen, aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit. Von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst den Arbeitern die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigene Hand zu nehmen. Er ist nicht dazu berufen, durch Verwendung des Lohnes den Kapitalismus zu stärken und die Zahl der Kapitalisten zu vermehren, sondern ihn zu schwächen. Die Resolution will daher in den Arbeitern keineswegs die Illusion erwecken, als ob die Genossenschaftsbewegung allein die Produktion demokratisieren und sozialisieren könne. Wie es auf der einen Seite auf diesem Kongress niemand einzutragen wünscht, die Konsumvereine als das allein brauchbare Mittel für die Befreiung der Arbeiter hinzustellen, will die Resolution auch die nicht minder gefährliche Illusion unterdrücken, als ob ohne eine tägliche unermüdliche Kleinarbeit eine bessere Zukunft erreicht werden könnte. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schichten, um sich fähig zu machen, den Steg zu erklimmen. Wenn aber die Konsumvereinsbewegung eine wirklich wirkende Waffe im Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines verpflichtenden Befehls ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erläutern, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschaftler und Parteigänger ihre Pflicht gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Die Konsumvereine enthalten natürlich manche Tendenzen, mit denen die sozialistischen Arbeiter nicht immer einverstanden sein können. Die Arbeit der Sozialisten in den Konsumvereinen muß darauf gerichtet sein, diese Tendenzen zu unterdrücken und aus den Konsumvereinen ein wirklich wirksames Kampfmittel zu machen. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen als bloße Warenverteilungsstellen. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Kleingewinns handelt, wenn es nötig ist, zur

Selbstproduktion überzugehen oder eine höhere Form der Produktion anzustreben. Die Frage, welche Stellung die Konsumvereine zur Partei und Gewerkschaft einzunehmen sollen, ist in der Kommission keineswegs leicht zu beantworten gewesen. Nicht wenige Mitglieder hatten die Meinung ausgesprochen, daß zwischen Partei und Konsumvereinen ein organisches Band bestehen müsse. Von der anderen Richtung wurde mit allem Nachdruck gefordert, daß die Genossenschaften ihre volle Selbständigkeit bewahren müssen. Wir haben uns schließlich auf die Formulierung geeinigt, die Ihnen vorliegt. Wir haben darin ausgesprochen, daß es den Genossenschaften eines jeden Landes überlassen muß, zu entscheiden, ob und inwieweit sie die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus eigenen Mitteln unterstützen wollen.“

Diese prinzipielle Übereinstimmung in der Bewertung der Konsumgenossenschaften und die weise Zurückhaltung in der Beurteilung der verschiedenen Organisationsformen entspricht ganz dem, was man von einem internationalen Sozialistenkongress erwarten durfte. Die Einheitlichkeit in den Zielen und die Verschiedenheit in den Mitteln ist ja die charakteristische Eigenschaft der modernen Arbeiterbewegung. Und auch dieser Bewegung sollen die Genossenschaften dienen, indem sie berufen sind, um mit den Worten der Resolution zu sprechen, „die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leistung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen.“ Und wenn sie in diesem Sinne wirken, so werden sie zu einer Waffe im Klassenkampf, den das Proletariat zu führen gezwungen ist. Es war daher selbstverständlich, daß der Kongress alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

## Kirchliche Autorität und christliche Gewerkschaft.

### I.

n. Den christlichen Gewerkschaften ist seit langer Zeit widerfahren. Aus dem einflussreichen und gelehrteten Orden der Gesellschaft Jesu hat ein Mitglied, Pater Joseph Biederlaak, Professor der Moraltheologie an der Universität Innsbruck, das Wort ergriffen, um den christlichen Gewerkschaften beizustehen in ihrem Kampf gegen die Berliner Fachabteilungen. Biederlaak hat eine Broschüre herausgegeben: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“, worin er untersucht:

1. das Verhältnis der gewerkschaftlichen Organisation zur kirchlichen Autorität,
2. die Frage von der sittlichen Erlaubtheit der Arbeiterausstände,
3. das Verhältnis von Interkonfessionalismus und gewerkschaftlicher Bewegung.

Es sind das bekanntlich die drei Punkte, um die sich im wesentlichen der Streit der Berliner und der M. Gladbach drehet. Betrachten wir zunächst, was der gelehrt Jesuit, der mit seinen Ausführungen auch den Weißfall der christlichen Gewerkschaften gefunden hat, über den ersten Punkt sagt.

Biederlaak will vor allem erkannt wissen, daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen, ebenso wie jede andere wirtschaftliche Tätigkeit, durchaus auf die Normen des christlichen Sittengezes gebunden sind. Das gilt von den gesamten gewerkschaftlichen Bestrebungen, die sich zusammensetzen aus den wirtschaftlichen Zielen und Zwecken und den Mitteln, die zur Erreichung der Zwecke angewendet werden. Die Reinhaltung des christlichen Sittengezes und somit auch die Anwendung seiner Grundsätze auf die einzelnen vor kommenden Fälle ist dem in der katholischen Kirche eingezogenen Lehr- und Hirtenamt übertraut. Darum hat die Kirche als Trägerin dieses Lehr- und Hirtenamts wie das Recht, so auch die Pflicht, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen allgemeine Verhaltungsmäßregeln behufs Einhaltung der Sittenvorschriften zu erlassen und, falls etwas gegen das Sittengezetz geplant oder geschehen sein soll, die Bewegung wieder auf den rechten Weg zu leiten. Daher muß man der kirchlichen Autorität, dem Papst und den Bischöfen, vor allem einmal das Recht und die Pflicht zuerkennen, die gesamte gewerkschaftliche Bewegung im

Auge zu behalten. Über noch mehr. Sollten die Träger dieser Bewegung ihr Ziel anstreben, die mit dem christlichen Sittengesetz sich nicht vereinbaren lassen, z. B. ungerecht hohe Löhne oder sonstige ungerechte Arbeitsbedingungen fordern, oder sollten sie auch behufs Erreichung sittlich erlaubter Ziele zu Mitteln ihre Zuflucht nehmen, die das christliche Sittengesetz untersagt, z. B. zu ungerichteter oder wenigstens die christliche Liebe verlebender Bohrsotterung von Gewerkschaften oder einzelnen Personen, so muß jeder Stalau nicht nur grundsätzlich der kirchlichen Autorität das Recht zu erkennen, gegen solche Verlebungen des Sittengesetzes ihre Stimme zu erheben, sondern auch auf diese Stimme hören und ihr Gehör lassen. So Vater Josef Biederlack, Professor der Moraltheologie und angesehenes Mitglied des Jesuitenordens. Er unterstellt die christlichen Gewerkschaften in ihren Grundsätzen und Bestrebungen der Wurmundshaft der Kirche, die alles, was die Gewerkschaften tun und nicht tun, vom Standpunkt des Sittengesetzes prüfen, es genehmigen oder verbieten darf — ob es sich um Lohnforderungen, um Streiks, Bohrsootterung oder sonst eine

durch das Wesen der Arbeiterorganisation gegebene Maßnahme handelt. Allerdings soll die Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Kirche nur eine „indirekte“ sein, d. h. sich nicht auf die zu materiellen oder zeitlichen und daher sittlich indifferenten Zwecken unternommene Handlungen erstrecken, aber an den Beispielen, die Biederlack selber angibt (Lohnforderung, Bohrsootterung) erscheint mir, daß es so leicht keine gewerkschaftliche Handlung gibt, die nach moraltheologischer Auswirkung nicht das Sittengesetz berührt. Biederlack hebt z. B. hervor, es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die kirchliche Autorität, falls das christliche Sittengesetz den Zusammenschluß katholischer Arbeiter mit Nichtkatholiken nicht erlaube, diesen Zusammenschluß verbieten könnte. Das Urteil über die Erlaubtheit siehe der kirchlichen Autorität, den Bischöfen, zu, und es könne das Zusammenarbeiten von Katholiken mit Nichtkatholiken in dem einen Lande für gefährlich und darum sittlich statthaft, in einem anderen Lande aber für nicht ungefährlich und daher sittlich anfechtbar erachtet werden. Wie man sieht, sind nach diesen Darlegungen die christlichen Gewerkschaften in ihrer Grundlage wie in ihren Handlungen völlig in die Hände der Kirche gegeben. Daraus ändert nichts der an anderer Stelle zu findende Satz, daß „die christlichen Gewerkschaften ihre Organisationsform, die Bedingungen ihrer Mitgliedschaft selber bestimmen, ihre Wahlen selber vornehmen, über die Mittel zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zielen beraten, kurz: auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes alle jene Anordnungen treffen können, welche sie für die Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke als notwendig erachten.“ Da nun die Kirche das Recht und die Pflicht hat, darüber zu wachen, daß die christlichen Gewerkschaften mit ihren Handlungen den „Boden des Sittengesetzes“ nicht verlassen, so bestätigt auch dieser Satz die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften sich vollständig unter der Wurmundshaft der Kirche befinden.

Biederlack will nun die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der kirchlichen Autorität nicht in der Art der Fachabteilungen, d. h. nicht so verstanden wissen, daß die Berufsorganisation der katholischen Arbeiter sich nur im Rahmen der katholischen Arbeitervereine bilden könne, oder daß die Kirche ihre Autorität durch Bestellung eines geistlichen Leiters oder Beirats geltend machen müsse. Ihm genügt es, wenn in den Gewerkschaften für die Beobachtung des christlichen Sittengesetzes Sorge getragen und daß in den Organisationen selbst es der kirchlichen Autorität möglich gemacht wird, ihre Stimme zu erheben und den Forderungen des christlichen Sittengesetzes Gehör zu verschaffen. Über eine bestimmte Art und Weise, wie diese Vorsorge zu treffen sei, ob etwa durch geistliche Berater oder durch die Mitglieder selber, sei damit noch nicht festgestellt. Wenn durch das christliche Gewissen der Mitglieder die getreue Einhaltung aller kirchlichen Forderungen sicher gestellt sei, dann entfallen die Notwendigkeit kirchlicher, auch nur beratender Organe, weil dann der kirchlichen Autorität durch die Mitglieder selbst es möglich ist, den Forderungen des christlichen Sittengesetzes Gehör zu verschaffen. Den Bischöfen zunächst stehe das Urteil darüber zu, ob die in ihren Diözesen bestehenden Vereinigungen durch sie schon hinreichende Gewalt bieten für die strenge Einhaltung aller sittlichen Forderungen, so daß dadurch die Anstellung besonderer Berater oder geistlicher Leiter überflüssig würde. Brächten die Bischöfe den wirtschaftlichen Vereinen dieses Vertrauen entgegen, dann werde es deren Sache sein, für dieses Vertrauen sich darüber zu erweisen, es sich zu bewahren und darin einen weiteren Beweisgrund für die strenge Beobachtung aller christlichen Sittengrundsätze zu erfinden.

Wie man sieht, unterscheidet sich Biederlack darin von den Berliner Fachabteilern, daß er nicht die in den katholischen Arbeitervereinen gebildeten Berufsgruppen für die einzige und zwingende Form hält, in der sich die kirchliche Autorität zu betunen vermag. Er will es den Bischöfen überlassen, die für ihre Diözesen jeweils passende Form zu finden, ob das nun ein geistlicher Leiter oder Berater oder die Selbstkontrolle der Mitglieder sei. In der Sache geht er indes mit den Berlinern zusammen; wie diese verlangt er, daß die christlichen Gewerkschaften bezüglich ihrer Grundsätze und Handlungen an die Normen des christ-

lichen Sittengesetzes gebunden sind und daß die geistliche Autorität die Möglichkeit hat, die christlichen Gewerkschaftsbewegung zu überwachen und ihr, wo und wann es notzt, die erforderlichen Weisungen zur Einhaltung des christlichen Sittengesetzes zu geben — eine Weisung, die bis zum Verbot der christlichen Gewerkschaften gehen kann.

## Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1909.

„Werbeblätter Friedensdokumente“ hat man die Tarifverträge genannt. Diese Bezeichnung trifft natürlich nur in sehr bedingtem Sinne zu. Das eine aber seien alle Tarifverträge voraus: die gegenseitige Anerkennung der Vertragschließenden. Mit der ständigen Erstärkung der Arbeitgeberorganisationen — denn nur hinsichtlich dieser ergeben sich Schwierigkeiten — macht aber diese Anerkennung Fortschritte. Das wird durch die Tatsache bestätigt, daß in steigendem Maße Arbeitgeber und deren Organisationen mit den Gewerkschaften direkt verhandeln und Verträge schließen, die dies früher ablehnten.

Diesen Vormarsch der Tarifvertragsidee zeigt auch die als Sonderausgabe des „Reichsarbeitsblatt“ (August 1910) erschienene Arbeit des Reichsstatistischen Amtes: „Die Tarifverträge im Jahre 1909“. Die Unterlagen zu dieser Statistik haben in der Hauptsache die Gewerkschaften geliefert, die für das Jahr 1909 allein über 2000 neu abgeschlossene Tarifverträge berichtet. Aus dem Unternehmenslager erhält das Statistische Amt bloß 284 Verträge, die deshalb nur zur Kontrolle herangezogen wurden.

Die Herkunft der Verträge aus der Holzindustrie zeigt die nachfolgende Tabelle:

	1909 abgeschlossene Tarife			Bestand am 31. Dez. 1909		
	Arb.	Stell.	Gebr.	Arb.	Stell.	Gebr.
Von Arbeitnehmer-Bünden:						
Deutscher Holzarbeiterverband	129	1826	14672	480	11116	91741
Katholicher Arbeitnehmerverband	1	1	40	2	2	110
Zentrale der Arbeitnehmer Deutschlands	—	—	—	4	52	100
Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands	43	1445	8518	111	4072	28067
Gewerkschaft der Holzarbeiter (G.D.)	21	694	5833	77	—	10698
Verband der katholischen Arbeitnehmer (VdK Berlin)	2	7	600	3	600	650
Von Arbeitgeber-Bünden:						
Arbeitgeber-Schuhverband für d. Deutsche Holzgewerbe, Berlin	15	884	4474	86	4210	48443
Arbeitgeber-Schuhverband für d. Holzgewerbe in Bayern rechts des Rheins, Nürnberg	4	147	1801	0	282	3156
Verband der Arbeitgeber im Schreinergewerbe zu Frankfurt a. M.	1	308	1091	1	208	1001

Auf Arbeitnehmersseite entfällt der Volumenanteil natürlich auf unseren Verband, dem jetzt auch die zwei Verträge des inzwischen zu uns übergetretenen Schuhmacherverbundes zugänglich sind. Die verhältnismäßig hohen Ziffern der Christlichen und der Hirsch-Dünkerschen kommen daher, daß diese auch bei den Verträgen, bei denen sie neben anderen Gewerkschaften nur Mitunterzeichner waren, die volle Zahl der unter den Vertrag fallenden Personen gezählt haben. Diese Personenziffern sind bei beiden höher als die Mitgliederzahl, zählte doch Ende 1909 der Zentralverband christlicher Holzarbeiter nur 11 312, der Gewerbeverein 5832 Mitglieder. Das Verhältnis erhellt auch daraus, daß die Hirsche nur 6, die Christen 15 Verträge aufführen, die von ihnen allein abgeschlossen wurden, während unser Verband deren 97 zählt. Dies zeigt, daß der selbe in den meisten Orten für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse allein ausschlaggebend ist.

Das Statistische Amt hat nun das eingegangene Material nach Geltungsbereich und Inhalt zusammengestellt. Doppelzählungen sind dabei dadurch ausgemerzt, daß von mehreren Stellen eingetretene gleichlautende Verträge als eine Tarifgemeinschaft gezählt wurden. Für die Holzindustrie ergeben sich als im Jahre 1909 neu abgeschlossen 151 solcher Tarifgemeinschaften, durch welche die Verhältnisse für 2505 Betriebe mit 19 689 Beschäftigten geregelt werden.

Ausgesamt sind dagegen im Jahre 1909 2000 Tarifgemeinschaften für 24 209 Betriebe mit 230 195 Arbeitern eingegangen worden. Von den abgeschlossenen Verträgen umfassen 5 das ganze Reichsgebiet, sind also sogenannte Reichstarife. Hierzu entfallen allein 2 auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine als Arbeitgeber, nämlich je einer mit dem Bäcker- und mit dem Transportarbeiterverband. Die übrigen Reichstarife sind diejenigen der Chemigraphen und Kupferdrucker, der Holzgraphen und der Lichtdrucker.

Die Dauer der 1909 abgeschlossenen Tarifgemeinschaften bewegt sich wie im Vorjahr in der Hauptsache zwischen 1 und 3 Jahren. Die nur einjährige Tarife überwiegen dabei diesmal stark, doch hat dies seine besondere Ursache im Baugewerbe, wo mit Rücksicht auf den allgemeinen Ablaufstermin im Frühjahr 1910 Verträge nur auf diesen Zeitpunkt eingegangen wurden. Von den 151 Tarifgemeinschaften der Holzindustrie enthalten 123 (im Vorjahr 92) feste Bestimmungen über die Tarifdauer. Diese beträgt bis zu 1 Jahr in 15 (9) Fällen, über 1 bis zu 2 Jahren in 37 (30), über 2 bis zu 3 Jahren in 63 (52), und 4 Jahre in 8 (1) Fällen. Hier herrscht also als Norm bei der Erneuerung der Verträge die dreijährige

Dauer, dabei tritt schon die Tendenz zur vierjährigen Dauer hervor. Diese wird sich bei uns, nachdem der Verbandstag dem zugestimmt, im laufenden Jahre in stärkerem Maße geltend machen.

Aus dem sonstigen Inhalt der Verträge interessiert in erster Linie die Dauer der Arbeitszeit. Ein Blick auf die nachstehende Tabelle der kürzesten während der Entwicklung der neuen Tarifgemeinschaft zu erreichenden Wochenarbeitszeit zeigt, daß in der Holzindustrie die Arbeitszeit bis zu 61 Stunden sich schon ein großes Feld erobert hat, während allgemein die höhere Stundenzahl immer noch überwiegt.

Arbeitszeit nach den 1909 abgeschlossenen Verträgen:

Wochenstunden	Holzindustrie			Alle Berufe zusammen		
	Arb.	Stell.	Gebr.	Arb.	Stell.	Gebr.
unter 48	—	—	—	9	176	2822
über 48 bis 50	2	13	232	27	987	11712
50 „ 54	87	1556	10198	271	6846	55767
54 „ 58	46	526	2955	548	8780	31946
58 „ 60	46	379	4124	883	8806	108566
60 „	4	20	150	196	1965	18668

Die Frage, ob Zeit- oder Aflordlohn, ist für die überwiegende Mehrheit der unter die Verträge fallenden Personen, nämlich für 138 836, dahin geregelt, daß beide Lohnformen nebeneinander gelten. Nur Zeitlohn weisen Verträge für 77 213 Personen, nur Aflordlohn solche für 11 793 Personen auf. In der Holzindustrie herrschen sogar fast ausschließlich beide Lohnformen nebeneinander. Das gilt für 16 224 Personen, während 1909 nur Zeitlohn und 983 nur Aflordlohn haben.

Die Lohnsituation bei Aflordarbeiten ist allerdings noch recht wenig ausgebaut. In der Holzindustrie ist sie nur in 48 Verträgen für 8402 Personen ausgesprochen, für alle Berufe zusammen nur für 38 246 Personen.

Die überwiegende Mehrzahl der Verträge enthält Bestimmungen über die Lohnhöhe. Allerdings ergibt sich aus der vorliegenden Zusammenstellung kein zuverlässiges Bild über die wirklich gezahlten Löne, da nur die niedrigsten im Vertrag genannten Lohnsätze berücksichtigt werden können. Zumeist ist es charakteristisch, daß in Verträgen für rund 20 000 Personen als niedrigster Lohn 55 bis 65 Pf. pro Stunde, und für 11 000 Personen 66 bis 75 Pf., für weitere 2000 sogar ein solcher von über 75 Pf. festgesetzt ist.

Diese umfangreiche statistische Arbeit würde bedeutend an Wert gewinnen, wenn es möglich wäre, alljährlich den Inhalt aller am Jahresende bestehenden Tarifverträge miteinander in Vergleich zu bringen. Das erst würde ein zuverlässiges Urteil über die Entwicklung der Arbeitsbedingungen ermöglichen. Die alleinige Wiedergabe der Neuabschlüsse eines Jahres hängt zu viel von Zufälligkeiten ab und wird deshalb leicht auf eine sprunghafte Entwicklung schließen lassen. Laufen in einem Jahre zufällig größere Vertragsgruppen mehrerer Industrien ab, wie im laufenden Jahre in der Holzindustrie und im Bauwesen, so muß dies natürlich die Zahlen dieser Statistik wesentlich beeinflussen.

Die genaue Darstellung des jeweiligen Bestandes an Tarifverträgen aller Berufe ist aber gegenwärtig noch mit so erheblichen Schwierigkeiten verbunden, daß wir uns mit nachstehender Zusammenstellung begnügen müssen, die auf den summarischen Angaben der Gewerkschaften beruhen. Hierbei kommen natürlich die Doppelzählungen nicht ausgemerzt werden.

Gewerbe- gruppen	Bestand der Tarifverträge am 31. Dezember 1909			Zahl der nach der gewerbs- stell. bestellten Personen	Die Zahl der von der Tarifstätt. erfaßten Personen beziffert hier nach Proz. der Werksstätten am 31. De- zember 1909
	Arb.	Stell.	Gebr.		
Kunst- und Handels- pärmerei	2	52	287	110758	86146 0,2 0,2
Industrie d. Steinen, Erdien	490	4050	35030	770503	630136 4,7 4,2
Metallarbeiter u. Fab.	583	13170	120913	2057902	1920316 5,8 5,1
Zellstoff- u. Papierindustrie	201	381	14093	1089280	928900 1,4 1,3
Papierindustrie	82	1074	20982	260926	1514590 0,1 0,1
Lebendindustrie	172	4444	18530	205073	181601 0,0 0,7
Zub. der Holz- u. Schuhstoffe	686	15842	129606	771059	707601 16,3 14,6
Ind. d. Nahrungsg. u. Genussmittel	1024	6511	65442	1226117	104394 6,3 6,1
Befleidungs- u. Reinigungs- gewerbe	572	17237	104841	130383	881251 8,0 7,1
Baugewerbe	92	1057	990	259395	115663 0,4 0,4
Bürographische Ge- werbe	69	8950	7		

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Eischlern, Maschinisten und Hützarbeitern nach Auerbach (E. Seidel), Berlin (Madewig), Bünde, Colmar i. Els., Cunnersdorf (Sachsen), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Gutsbesitzer), Neuerbach, Freiberg i. S., Gießen (E. Müller), Glashau-Albin-Kreis, Zimmermeister), Gneisen (Wusse), Gröhn (Müller), Hamburg (Steinwach u. Sons), Hameln (Stahlrohrfertigungsfabrik Brune), Kaiserslautern (Edel), Lassahn in Pommern, Pirna (Höfer und Kluge), Madesborg, Meichenberg in Böhmen, Schwerin a. d. Barte (Genossenschaftsleiter), Saarbrücken, Segeberg, Speyer, Stolp in Pommern, Trebbin, Begefsack (Müller, Moschage, Sievers, Cordes), Wieda (Dornbirn), Meinhim (Röger u. Horns), Weihensee (Genossenschaft), Wilkau (Krebs), Wilderfluss, Berbst (Buchert), Biegenhals.

Maschinisten nach Berlin, Leipzig.

Stickerarbeiten nach Berlin (Makowsky), Worna bei Leipzig, Coblenz (Rheinische Manufakturfabrik, vorm. C. Mand), Hamburg (Steinwach u. Sons), Liegnitz.

Modellschläfern nach Hamburg, Harburg a. E., Leipzig (Krause), Bürich (Wiedeslohr und Schneller).

Harmonischläfern, Polieren und Maschinenarbeiter nach Altenburg, S. Altenb. (Mahl u. Uhlmann).

Werkzeugern nach Weimar (Heber).

Stuhlbauern nach Pr.-Holland, Willau (Krebs).

Bergalbern und Goldbleischemachern aller Branchen nach Burg bei Magdeburg, Hamburg-Altona.

Ottensen (Kehberg u. Co.).

Korbmachern nach Berlin (Stralauer Glasfabrik),

Wilhelmsstadt (Kahlke), Herischdorf, Heinrichsfeld in der Schweiz.

Drechsler nach Stolp in Pommern.

Anfertmachern nach Frankenhausen.

Kontinenmachern nach Eisenberg, S.A., Kellinghusen.

Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.

Werstarbeitern nach Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Dübed, Begefsack, Osterholz-Scharmburg, Winswarden, Kiel, Stettin, Rostock, Flensburg, Grabow i. M. (Hinzemann).

bemerklich. Für die Regelung der Arbeitsverhältnisse kommt auf Arbeitgeberseite fast überall nur der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Betracht, während auf unserer Seite der Holzarbeiterverband und der Zimmererverband auf die gegenseitige Unterstützung und Solidarität angewiesen sind. Beide Organisationsleistungen waren auch bestrebt, in allen Fällen gemeinsam und fraternd schaftlich miteinander zu arbeiten. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes nimmt den Gewerkschaften gegenüber die denkbare feindliche Stellung ein. Wollen die Gewerkschaften zum Zwecke der Regelung der Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeberverband in Führung treten, so haben sie dieses im Monat Dezember auszuführen, denn nur während einiger Wintermonate werden solche Dinge von ihm bearbeitet. Gewöhnlich beginnt der Arbeitgeberverband aus sich heraus, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen beschaffen sein sollen, und damit ist die Sache dann erledigt, wenn — die Arbeiter sich das ruhig gesessen lassen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Arbeitgeberverband seit jeher der Arbeitszeitverkürzung und betrieb die Gründung eigener Nachweise vornehmlich in der Zeit der Krisen recht eifrig, wodurch er in vielen Orten die Arbeitsvermittlung fast ganz an sich gerissen hat. Die Verhinderung dieser Maßregelungsbüros ist für die Arbeitgeber obligatorisch und die Umgehung derselben mit hohen Konventionalstrafen bedroht. Der Holzarbeiterverband hat diese Sorte Nachweise zwar nirgends anerkannt, aber aus der Welt schaffen konnte er sie ohne die tatkräftige Mithilfe der übrigen Gewerkschaften auch nicht. In Wilhelmshaven haben unsere Kollegen es allein verstanden, ihren eigenen Nachweis hochzuhalten, trotzdem die übrigen Gewerkschaften den Arbeitgebernachweis benutzt. In diesem Ort sowohl wie in Emden, Delmenhorst, Bremen, Cuxhaven und mehreren anderen Orten haben die Bauarbeiter nach der diesjährigen Tarifbewegung die Arbeitgebernachweise gesperrt, wobei wir überall vollste Solidarität übten. Ein Resultat ist jedoch bisher nicht erzielt und schon beginnen die Unternehmer mit Abnahme der Bausaison ihre Nachweise wieder obligatorisch zu machen. In Bremen haben, wo das Maßregelungsinstitut der Unternehmer ganz besonders stark funktionierte, leben wir dieserhalb seit zwei Jahren mit ihnen im Krieg. In Bremen und Delmenhorst haben wir uns zum größten Mergen des Arbeitgeberverbandes paritätische Arbeitsnachweise erkämpft.

Nachdem der Arbeitgeberverband auf der Grundlage des vereinbarten Mustervertrages für das Baugewerbe überall mit den Bauarbeitern ein Vertragsverhältnis hatte anerkennen müssen, versuchte er ein gleiches Ziel auch mit uns zu erreichen. Wir konnten dem nicht ohne weiteres beitreten, weil eineinst die Bestimmungen dieses Mustervertrages nicht nach dem Geschmack unserer Kollegen waren, andererseits aber nach den besonderen Verhältnissen der Holzindustrie die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht so kurzerhand abgetan werden konnte, wie es in der Absicht der Arbeitgeber lag. Ende Juli kam es dieserhalb in Cuxhaven wegen einer von uns erhobenen Lohnforderung von 5 Pf. pro Stunde zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeber wollten diese Lohnforderung ratenweise bewilligen, aber nur unter der Bedingung, daß wir im übrigen den Bauarbeitervertrag akzeptierten. Wir verlangten für diesen Fall eine Verkürzung der Arbeitszeit, was den Arbeitgeberverband veranlaßte, alles abzulehnen, so daß es zum Streik kam. Bei dem herrschenden Arbeitsmodus hatten die Arbeitgeber aber an den Zimmerern, welche im Vertragsverhältnis stehen, eine große Stütze, da das Solidaritätsgefühl leider noch nicht so weit ausgebildet ist, um in allen Fällen die Fertigstellung von Tischlerarbeiten durch Zimmerer unmöglich zu machen; sobald stellten sich eine beträchtliche Zahl Nichtorganisierter und sogen. Kleinmeister aus der Umgebung den Unternehmern zur Verfügung, wodurch dieselben imstande waren, die allernotwendigsten Arbeiten fertigzustellen. Der Kampf mußte für diesmal unter ziemlich belanglosen Versprechungen nach zwölfjähriger Dauer abgebrochen werden.

Ähnlich wie in Cuxhaven liegen die Dinge in Emden. Der Lohn unserer Kollegen beträgt im Durchschnitt 48 Pf., er bewegt sich zwischen 45 bis 53 Pf. Der Arbeitgeberverband aber befiehlt, daß der Lohn nicht über 45 Pf. betragen darf, und als wir jetzt in einem Betrieb mit besonders niedrigem Lohn eine Erhöhung desselben verlangten, wollte der Arbeitgeberverband quädigst gestalten, daß bis zu 48 Pf. nezahlt würde, wenn wir den Bauarbeitervertrag schließen. Es sollten aber alsdann sämtliche Löhne, die gegenwärtig schon höher sind, auf 48 Pf. reduziert werden, was wir natürlich dankend ablehnen müssten, worauf am 14. September prompt die Aussperrung erfolgte. Hoffentlich werden unsere Kollegen allüberall die uns hier entgegenstehenden Schwierigkeiten gewißend zu würdigen wissen.

In Bremen haben wollten unsere Kollegen endlich auch einmal einen Schritt vorwärts machen. Auch hier zahlten die größten Scharfmacher die niedrigsten Löhne, und besonders der Vorsitzende Kistner hielt mit größter "Treue" an diesem Prinzip fest. Als auf eine erhobene Lohnforderung eine ablehnende Antwort erfolgte, legten unsere Kollegen darauf die Arbeit nieder. Nach den herrschenden Gepllogenheiten des Arbeitgeberverbandes müßten wir auch hier mit einer sofortigen Aussperrung rechnen. Doch dem Arbeitgeberverband hingen diesmal die Trauben zu hoch, er mußte die angegriffenen Firmen ruhig appeln lassen, da die Mehrheit der Tischlermeister für eine Aussperrung nicht zu haben war. Die Situation gestaltete sich keineswegs im Sinne der Unternehmer, und wenn auf Seiten unserer Kollegen die nötige Energie entwickelt worden wäre, hätte sehr wohl eine nachhaltige Verbesserung unserer ganzen Position herbeigeführt werden können. Wenn trotzdem nicht viel bei der Sache herausgekommen ist, so trägt daran nur die "Standhaftigkeit" eines Teiles der Kollegen die Schuld. Sie ließen sich nicht abhalten, bei der Firma Kistner die Arbeit wieder aufzunehmen und empfanden auch keine Scham über die Zumutung, vor der Arbeitsaufnahme den Arbeitgebernachweis zu passieren, wobei sich besonders unruhig die Gedanken vordrängten. Die Bewegung wurde beendet und der Hauptwert unserer Agitation darauf gelegt, den zugestandenen Lohnsatz von

50 Pf. liberal zu Durchführung zu bringen. Bei der hervorrangigen "Achtigkeit" der Kistner'schen Kollegen ist das z. B. gar keine leichte Aufgabe, denn dort wird dieser Lohn, trotzdem die Firma denselben bewilligt hat, schon lange nicht mehr bezahlt, und niemand von den Leuten denkt daran, bezwegen eine entschiedenere Haltung einzunehmen. Es wieß sich in dieser Beziehung noch vieles bessern müssen.

Unter solchen Verhältnissen stehen dem Bestreben auf eine angemessene Arbeitszeitverkürzung erst recht ernsthafte Schwierigkeiten entgegen. Wie haben in Bremen 55 Stunden pro Woche, in Wilhelmshaven und Oldenburg 50 Stunden und in Begefsack 52 Stunden pro Tag vertraglich durchgesetzt, in allen übrigen Orten beträgt die Arbeitszeit noch 60 Stunden pro Woche. Das Unternehmerium sieht besonders in der Frage der Arbeitszeitverkürzung stets alles auf eine Karte. Was in dieser Beziehung möglich ist, hat uns der vor 4 Jahren in Lübeck tobende Kampf gelehrt. Auch dort redete der Arbeitgeberverband ein entscheidendes Wort mit, und er wirkte die Einigung zu verhindern, da er von einer Arbeitszeitverkürzung im Tischlergewerbe einen ungünstigen Einfluß auf die übrigen Berufe befürchtete. Genutzt hat ihm das zwar nichts, aber den Tischlermeistern hat es unendlich geschadet, so sehr geschadet, daß sie für absehbare Zeiten an den Folgen dieses denkwürdigen fünfjährigen Kampfes genug haben. Einige davon sind sogar von dem vielen Schreien über den bösen Holzarbeiterverband so heiser geworden, daß sie heute die Sprache noch nicht ganz wiedergefunden haben, und andere haben eine Lustveränderung nehmen müssen, weil ihnen in Lübeck die Lust ausgegangen war, aber alles das hat unseren endlichen Sieg — Erringung des Neunstundentages — nicht hindern können. Allerdings, mit solchen Kämpfern wie unsere Lübecker Kollegen können sich nicht alle Bahnhöfe messen, sonst sähe es an manchen Orten schon besser aus.

Leider läßt unsere Organisation mancherorts vieles zu wünschen übrig. Der gefundne Trost, der erste Wille zur Tat und vor allem die geschlossene Einigkeit vom ersten bis zum letzten Mann, wodurch sich z. B. unsere Lübecker Kollegen während der ganzen Zeit ihres langen Kampfes auszeichneten, das sind an der Unterseite für viele unbekannte Begriffe. Die alte Erfahrung, daß nur im harten, ununterbrochenen Kampfe tüchtige Kämpfer heranwachsen, bestätigt sich hier aufs neue. Es muß ausgesprochen werden, daß sich der gräßere Idealismus und Opfermut nicht bei der heranwachsenden Generation zeigt, vielmehr lassen sich diese von den alten, sturmprobt Kämpfen in dieser Beziehung sehr häufig beschämen. An diesem Punkt muß unbedingt fester eingefestzt werden, die Schulung und Aufklärung der Mitglieder über die Bedingungen und Erfordernisse des Kampfes nach der praktischen wie nach der theoretischen Seite hin muß mit möglichster Gründlichkeit betrieben werden. Die Vorbedingungen für alle unsere Erfolge haben wir uns überall selber schaffen müssen und leicht ist uns das nirgends gemacht worden. Unmöglich sind Erfolge nur dort, wo unsere Kollegen den Kampf nicht richtig zu führen wissen. Das gilt in besonderem Maße für die Kollegen im Bezirk des genannten Arbeitgeberverbandes. Darum: Lacht uns endlich Taten sehen!

## Soziales.

Erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Aus Paris wird uns geschrieben: Vom 18. bis 24. September tagte hier die erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Titel ist eigentlich falsch. Denn um die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen zu können, dazu müßte ihre Beseitigung möglich sein. Die ist jedoch solange unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, die wieder geregelt ist, noch für den Bedarf produziert, die zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch die Differenz des Mehrwertes enthält und durch den Konkurrenzkampf unproduktiv und verschwendend arbeitet. Das Ende der Arbeitslosigkeit kann nur beseitigt werden, wenn die Erzeugung gesellschaftlich geregelt und der Mehrwert verschwunden sein wird; dann wird die Arbeitslosigkeit kein Ende, sondern eine Erholung, der Gradmesser des technischen Fortschritts sein. Für heute kann es sich nur um die Förderung der Folgen der Arbeitslosigkeit handeln. Und deshalb hat man auf der Konferenz nicht über die Ursachen diskutiert, denn dadurch wäre die Konferenz auseinandergebrochen worden.

Es war eine sehr bunte Gesellschaft, die da unter dem Vorsitz des ehemaligen und zukünftigen französischen Ministerpräsidenten Leon Bourgeois versammelt war. Neben den Vertretern der deutschen, italienischen und schweizerischen Gewerkschaftszentrale, neben bekannten Gewerkschaftern und Genossen aus fast allen europäischen und einigen überseeischen Ländern, saßen die Vertreter des potenziertesten Scharfmachers, der schwedische Generalausspeker von Hydow, der französische Reichsminister Williami usw. Außerdem waren ungefähr 20 Regierungen offiziell vertreten; die deutsche Reichsregierung, die sich sonst so viel auf die sozialpolitischen Gesetze, die ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungen worden sind, zugute tut, war nicht darunter. Neben den Vertretern von Städten, statistischen und gemeinnützigen Instituten, waren dann noch besonders zahlreich die sogenannten Sozialpolitiker vertreten, die Kerntruppe der Konferenz, die Lastrom, Brentano, Sombart, Verlepsch, Raoul Gah usw.

Von wirklichen praktischen Erfolgen konnte somit nicht die Rede sein. In dieser Erkenntnis hat die Konferenz auch keine Beschlüsse gefaßt. Die Verhandlungen der Konferenz haben also für die Gewerkschaften nur einen sehr relativen Wert. Der Wert der Konferenz liegt in dem Material, das in den Berichten der verschiedenen Länder aufgespeichert ist und das richtig ausgenutzt werden muß, und in dem moralischen Eingeständnis, das die Konferenz an sich bedeutet.

Zimmer, wenn die Zustände einer Gesellschaft unerträglich werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philanthropen, heute nennt man sie Sozialpolitiker — die gegen diese Zustände aufraten, weil sie die Gesellschaftsordnung,

deren Zukunft sie sind und an deren Ewigkeit sie gerne glauben möchten; vor Katastrophen bewahren wollen. Die unterdrückte, unter diesen Zuständen leidende Klasse, hat aus einem Selbstbehauptungsbetrieb ein Interesse daran, diese Zustände zu beseitigen und so kann es kommen, wie eben jetzt, daß sich die Regierungen, die Sozialpolitiker und die Vertreter der Arbeiter im gleichen Bestreben begegnen. Die Konferenz ist also das ermutigende Zeugnis dafür, daß die Arbeitersklasse so stark und anspruchsvoll geworden ist, daß das Ende der Arbeitslosigkeit unverträglich für den gesicherten Bestand der Gesellschaft erscheint.

Von einigen freimütigen Scharfmachern und verstaubten Machterperücken abgesehen, war sich die Konferenz einig, daß die Arbeitslosigkeit durch eine rationelle Organisierung des Arbeitsnachweises etwas eingeschränkt werden kann. Von der Möglichkeit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit wagte niemand zu reden. Ungeachtet ebenso ehrlich war man der Meinung, daß der Arbeitsnachweis vorzüglich, national, d. h. über den ganzen Staat und möglichst industriell organisiert werden muß. Doch die Organisierung des Arbeitsnachweises trat zurück gegenüber der Befürchtung des Endes der Arbeitslosigkeit. Die Frage, um die gestritten wurde, war folgende: Soll die Unterstützung der Arbeitslosigkeit obligatorisch oder faktulich, beruflich oder allgemein, städtisch oder staatlich sein? Und wie soll die Arbeitslosenversicherung organisiert werden: durch selbständige Versicherungskassen, durch Mitgliederung an die allgemeinen Kaufen, Alters- und Invalidenversicherung, durch Unterstützung der Berufvereinigungen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren? — Mehr als aus den Beobachtungen ging aus dem vorliegenden Tatsachenmaterial hervor, welcher Weg praktisch gangbar ist. Die allgemeine, obligatorische Arbeitslosenunterstützung aus Unternehmens- und Staatsbeiträgen gedeckt, von den Arbeitern allein verwaltet, wäre natürlich vom Arbeitersstandpunkt am wünschenswertesten. Soll aber eine solche Versicherung ausreichend hohe Unterstützungen ohne erschwreuende restriktive Maßregeln gewähren, dann würde sie einen Kostenaufwand verursachen, den zu decken der Staat sich noch lange weigern wird. Wenn man eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 3 Proz. annimmt, so würde eine derartige Versicherung z. B. für das Deutsche Reich mit 15 Millionen Lohnarbeitern und einem täglichen Unterstützungsatz von 2 Pf., jährlich 825 Millionen Mark ohne die Verwaltungskosten erfordern. Es ist aber ausgeschlossen, daß der Staat solche Summen ausgeben würde, und wenn er es tut, dann nur, um den Arbeitern die Entlastung besserer Arbeitsbedingungen zugleich zu erschweren; denn die Arbeitsbedingungen werden beeinflußt von dem Grade der Arbeitslosigkeit. Die Arbeiter können und werden jedoch niemals in eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch einen sogenannten Arbeiterschutz einwilligen. Eine allgemeine faktulative Arbeitslosenunterstützung mit Zuschuß aus öffentlichen Mitteln, hat bisher überall Erfolglosigkeit gezeigt, ob sie nun kommunal oder staatlich verordnet worden ist. Gelungen ist bisher die Arbeitslosenversicherung nur durch die Selbsthilfe der Arbeiter, die zu unterschieden in der Staatsgesetzgebung werden müssen. Und wir haben dafür Beispiele. In Dänemark, in Norwegen und in einigen Kantonen der Schweiz, vornehmlich in Genf, ist die Subventionierung der Arbeitervereinigungen, die selbst Arbeitslosenunterstützung gewähren, gesetzlich eingeführt. Ebenso in Frankreich, wo sie jedoch fast wirkungslos geblieben ist, weil die Arbeiterorganisationen sich bisher in ihrer Mehrheit ablehnend gegenüber der Arbeitslosenunterstützung verhalten und übrigens nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter umfassen. In Belgien und Holland wird die Subventionierung der Arbeiterkassen durch die Gemeinde betrieben, aber auch nur in einer beschränkten Anzahl größerer Gemeinden. In Dänemark sind heute nahezu 60 Proz. der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit versichert und aus Staatsmitteln ist den Gewerkschaftskassen im Jahre 1908—1909 die für ein Land von 2½ Millionen gewaltige Summe von 576 159 Kronen zugeslossen. Stellen wir daneben, was die deutschen, die österreichischen, die englischen Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit aufbringen, dann begreift man, wie ein bürgerlicher Politiker, wie Herr Bourgeois in seiner Schlusrede, in der er das Ergebnis der Verhandlungen zusammenfaßte, sagen mußte: „Alles, was gegen die Arbeitslosigkeit bisher getan worden ist und was gegen sie getan werden kann, muß berücksichtigt werden — auf die Berufvereine der Arbeiter geschehen — oder es ist nichts geschehen.“ Das ist das ermutigende Fazit der Verhandlungen. Die am Schluß der Konferenz gegründete Internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat ihren Sitz in Genf. Erster Sekretär ist Herr Barles, Compagnie des droits libres und Genosse Anselme ist Kassierer. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Franc für Einzelverein, 25 Franc für Körperschaften und 50 Franc für Verbände.

**Der 52. Sozialdemokrat.** Der Siegeszug der Sozialdemokratie ist unverholt. Schlag auf Schlag fallen ihr bei den Rückwahlen zum Reichstag die erledigten Mandate zu. Nun ist auch der Wahlkreis Frankfurt-Lobau erwartet. Nachdem dem sozialdemokratischen Kandidaten bei der Hauptwahl nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit gefehlt hatten, ist er bei der am 26. September vorgenommenen Stichwahl mit 15 797 Stimmen gegenüber 15 625 Stimmen, die auf den nationalliberalen Mitbewerber fielen, gewählt worden. Mit dem Genossen Faber zieht der 52. Sozialdemokrat in den Reichstag.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Oktober beträgt in Elbing 70 Pf., Herrburg 70 Pf., Bassau 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 41. Wocheneintrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Zu den in den beiden letzten Nummern bekanntgekommenen Statutenänderungen, die am 1. Oktober in Kraft getreten sind, ist noch nachzutragen, daß nach § 11 des neuen Statuts bei Arbeitslosigkeit infolge einer Waffenruhe deren Zeitdauer bei der Werkezeit für die Unterstützung in Berechnung zu bringen ist. Darauf folgt auch bei den jetzt vom Militär entlassenen Mitgliedern, welche sonst noch den Bestimmungen des Statuts Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, die Karentwoche in Wegfall.

Am Hinblick darauf, daß einzelne Mitglieder öfter für tatsächlich bezahlte Wochen keine Beitragsarbeiten im Buch hatten, weil sie auf das Existieren der ihnen vom Einfließeren ausgebürgerten Marken keinen Wert legten, machen wir wiederholst auf die Vorschrift des Statuts aufmerksam, daß alle Beiträge durch Marken in Mitgliedsbuch quittiert sein müssen. Wir ersuchen also die Mitglieder, sich vor Schaden zu schützen, indem sie die Marken ordnungsmäßig einstecken. Verlorene Marken (auch verlorene) müssen nachgelöst werden.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einzullen müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Verbandsvorstand einzurichten. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zollstellenkassierer eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendigter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Befreiungserklärung rechtzeitig erfolgt ist. Unternehmungsansprüche stehen den vom Militär zurückbleibenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Aus dem Verbande wurden ausgeschlossen wegen Streiks auf Antrag der Zollstelle Berlin der Maschinenarbeiter Karl Heilmann, die Stellmacher August Hecke, Otto Kosch und Johann Tezmer, die Maschinenarbeiter Wilhelm Lüke und Ernst Mohde; von Cuxhaven die Tischler Ernst König und W. Winter; von Elmendorf der Tischler Paul Kämpfer und die Stellmacher Emil Rölke und Paul Nohne; von Eberswalde die Tischler Hermann Gottschalk und Wilhelm Gottschalk; von Emden die Tischler Georg Dallinga, Willrich Höller, Wilhelm Paschier, Johann Paul und Falco Wissel; von Eutin der Tischler Heinrich Popp; von Görlitz der Tischler Hermann Dittel; von Hof der Tischler Wilhelm Popp; von Köln der Tischler Heinrich Körner und die Portellager Gustav Gauß und Nikolaus Teich; von Leipzig der Tischler Karl Mündt; von Mittweida der Polizei Oberfreiherr; von Plötzkau der Maschinenarbeiter Michael Hopp; von Plauen die Tischler Konrad Beckert und Anton Matthes; von Spandau der Tischler Kurt Wah; von Stargard die Drechsler Paul Wah und Rudolf Steinborn; von Stettin der Korbmacher Georg Krafft; von Weißensee der Schiffsstegsäger Daniel Dennerlohl; von Waldenburg der Tischler Martin Brauer; wegen Vertragsbrüches auf Antrag von Leipzig der Tischler Gustav Sturm; wegen Betrugsvorwurfes resp. Unterschlagung auf Antrag von Berlin der Tischler Otto Henze; von Bremen der Tischler August Mensching; von Oppeln der Tischler Gustav Preßler;

wegen Ungehorsams auf Antrag von Berlin der Drechsler Arthur Schuster; von Chemnitz der Werkzeugmacher August Louß; von Ravensburg der Kürstenmacher Franz Müller; von Spandau der Tischler Gustav Höhne; von Stettin der Tischler Paul Busch.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 79149 Rudolf Stahl, Tischler, geb. 16. 12. 77 zu Moorbürg, 190350 Fritz Packold, Korbmacher, geb. 7. 8. 77 zu Dreitzigbuben.

314808 Otto Peterjohn, Tischler, geb. 8. 9. 88 zu Eisenburg,

454101 Johann Deinert, Tischler, geb. 2. 6. 82 zu Coblenz,

464269 von Poppen, Heinrich, Tischler, geb. 26. 2. 63 zu Cornhout (Belgien).

466886 Jacob Schmitt, Kammacher, geb. 20. 7. 88 zu Venschein.

469340 Wilhelm Mehne, Tischler, geb. 15. 12. 90 zu Trebbin.

472652 Otto Hoppert, Tischler, geb. 23. 10. 84 zu Stößen,

486910 Dietrich Bande, Tischler, geb. 22. 5. 90 zu Gr. Bramstedt.

516470 Eberhard Galinde, Maschinenarbeiter, geb. 26. 6. 89 zu Münster.

521441 Arthur Dittrich, Maschinenarbeiter, geb. 7. 8. 88 zu Schwerin.

526842 Wilhelm Bernin, Tischler, geb. 14. 5. 53 zu Wiltenberge.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.  
Der Verbandsvorstand.

### Korrespondenzen.

Altenburg, S.-A. Die Absicht, aus seinem Betriebe die Verbandsmitglieder zu entfernen, scheint Herr Alfred Fischer, in Firma Kahnt u. Uhmann, Alsforderfabrik, zu haben. Hat er doch schon ausgesprochen, seinen Betrieb nun bald von diesen Elementen gereinigt zu haben. Unterstellt wird er ganz besonders in seinem Vorhaben von seinem Werkführer Santa aus Gera. Dieser junge Mann von 31 Jahren, der eigentlich recht „viel“ von der Harmoniafabrikation versteht, beliebt in einer Weise mit den Arbeitern umzugehen, die die Dauer nicht bieten lassen. Sprechen zufüllig einmal ein paar Kollegen zusammen, was ja schließlich kein großes Verbrechen ist, sofort ist er auch schon da und verbietet sich das ein für allemal. Der Werkmeister achtet sogar strengstens darauf, daß keiner eine Minute länger auf dem

Absatz bleibt, als nach seiner Meinung notwendig ist. Die älteren eingerichteten Arbeitsspiele gelten jetzt noch nach Hinnus und das führt die Kram in australischen Zeitungen Erfolg zu schaffen. Außerdem nun jetzt wiederum der Vertrauensträger, welcher schon acht Jahre in dem Betrieb tätig ist, seine Amtsdienst ohne jeden Grund erhielt, wurde es den Kollegen denn doch zu tun. Zweimalige Versuche der Kommission, mit Herrn Fischer wegen Rücknahme der Amtsdienst zu verhandeln, leitete diese F. mit dem Vemeer an, er sei nie einzeln, mehr je wollte. Nun, die Organisation wird Mittel und Wege finden, um ihn eines Besseren zu belehren. Eine allgemeine Harmoniaarbeiterversammlung beschloß bestimmt, die Sperrüber diesen Vertrag zu verhängen. Die auswärtigen Kollegen, hauptsächlich die von Vera und Alimental, ersuchen wir, Arbeitsangebote dieser Firma zurückzuweisen.

Bielefeld. Die gut besuchte Mitgliederversammlung im September beschloß, der Hauptstelle 500 Pf. zur Stützung des Kampffonds zu überweisen. Kollege Schrey begründete die Reberweisung dieses Extrabeitrages aus totalen Mitteln unter Hinweis auf die Werksarbeiterbewegung und die Verschärfung des Münchener Verbandstages. Eventuell müsse noch ein weiterer Beitrag abgeführt werden. Eine dauernde höhere Leistung, als die des Grundbeitrages, soll späteren Entscheidungen vorbehalten bleiben.

Emmerich. (V. E. S. E. n. m. a. d. r.) Bei der Firma v. Gültzen und Schörth werden besonders niedere Löhne gezahlt. Für 1909 noch reichen erhalten Jugendliche Arbeiter 0,90 Pf. steigend jährlich um 5 Pf. bis zu 1,25 Pf. Für 1910 noch einzuziehen werden durchschnittlich 60—65 Pf. bezahlt, so daß die Kollegen bei einer 10½-jährigen Arbeitszeit 15—17 Pf. verdienen. Der durchschnittliche Verdienst der Vorsteigerkästen beträgt 18—19 Pf. Um ihre Einkommen zu erhöhen, wird von vielen nach Leidabend im Hause gesucht. An häuslicher Beziehung sieht es ebenfalls traurig aus. Der Raum, in welchem die Kleider der Arbeiter aufbewahrt werden, dient auch als Lagerraum für Holzhaar und als Waschaum für die Arbeiter. Da sich die Beger mit Petroleum die Hände reinigen und der Schmutz in einer Rinne oft tagelang liegen bleibt, herrscht ein betäubender Gestank, der noch durch die direkt daran liegenden Bedürfnisanlagen verschärft wird. Dieser Raum dient aber auch den von auswärts kommenden Kollegen als „Speiseaal!“ Ein organisierte Kollege, der diese Zustände in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung kritisierte, wurde anderen Tropen bestellt, nachdem ein unorganisierte Name Göttinger ihm bei der Arbeit in Gegenwart der Meister wegen dieser Kritik Vorwürfe gemacht hatte. Nicht genug mit der Maßregelung, hat die Firma den Kollegen auch noch aus einer neuere Arbeitsstelle gebracht. Daß solche Zustände möglich sind, liegt aber an dem gleichgültigen Verhalten der Kollegen, von denen nur wenige organisiert sind. Soll es so weiter gehen, daß die Numerischer Bürgelmacher ein Hemmzuhind für die Kollegen im übrigen Deutschland? Wacht auf! Läßt allen Hader und persönlichen Streit beiseite, tretet dem Deutschen Holzarbeiterverband bei, so daß auch wir unsere Lage verbessern können.

Frankfurt a. M. (Wagner.) In der letzten Sektionsversammlung wurden, wie schon oft, die Verhältnisse hier am Orte besprochen und bedauert, daß es bei den Wagner nicht vorwärts gehen will. Die Organisation kann bei den Kleinmeistern nur sehr schwierig fassen, denn die meisten von ihnen haben nur im Sommer einen oder zwei Gehilfen und in der Regel sind diese auch nicht organisiert. Ein noch größeres Schmerzenkind für uns sind die Adlerwerke. Es werden dort Löhne für Kleinmeister von 40 bis 45 Pf. und Helfer von 36 Pf. gezahlt. Es wird alles im Attoff gearbeitet und können 50 Proz. verrechnet werden, was aber von den Kollegen nur mit Aufwendung aller Kräfte zu erreichen ist. Von hundert dort beschäftigten Kollegen sind nur höchstens ein Drittel organisiert. Wenn der Meister erfährt, daß ein Kollege dem Verband angehört, dann wird derselbe sofort auf die Straße geworfen. Das sollte für die Kollegen erst recht ein Grund sein, sich allseitig dem Verband anzuschließen, denn nur durch geschlossenes Vorgehen wird es uns möglich sein, auch bei dieser Firma bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Bei der Firma Kütt besteht ein Tarifvertrag, welcher zum 1. April 1911 läuft. Doch sind auch hier die Verhältnisse nicht die rosigsten. Durch allerlei neue Einführungen, wozu die Unterschrift der Kollegen verlangt wird, versucht die Firma Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen. Auch ist ein sehr starker Wechsel, so daß sich die Kollegen gar nicht untereinander richtig kennen lernen. Wir ersuchen die Kollegen, wenn sie nach Frankfurt kommen, das Umschauen zu unterlassen und sich bei der Ortsverwaltung oder der Sektionsleitung zu erkundigen.

Fürth. (Polituarbeiter und Bergold.) Am 19. September fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit der Branchenkonferenz beschäftigte. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß eine Branchenkonferenz günstig wirken müsse und eine Notwendigkeit gerade für die Fürther Kollegen sei. Sehr ungünstig aufgenommen wurden die Ausführungen des Kollegen Thilo-Berlin in Nr. 36 der „D.B.“. Als sehr ammaßend wurde es bezeichnet, wenn er ausführt, die Konferenz müsse schließlich stattfinden, weil vielleicht einige Kollegen aus der „Provinz“ Berlin sehen möchten. So großer Schnapsuch nach Berlin besteht nun doch nicht bei den „Provinzern“, und es ist wirklich noch nicht ausgemacht, daß die Konferenz in Berlin stattfinden würde. Der Umstand, daß die Verhältnisse in Berlin so schlecht sind, daß die Attoffsäfte nicht wunschgemäß geregelt werden könnten, spricht wahrlich nicht gegen Abholten einer Konferenz. Uns scheint vielmehr, daß in Berlin, was unsere Branche anbetrifft, noch vieles faul ist, und es könnte vielleicht möglich sein, daß auch den Berliner Kollegen durch eine gemeinsame Aussprache manch gute Fängerzeige gegeben werden könnten. Dabei wollen wir durchaus nicht verkennen, daß die Kollegen einer Großstadt größere Schwierigkeiten zu überwinden haben als die eines kleineren Ortes. Von Agitationstouren versprechen auch wie uns etwas, vorausgesetzt, daß tüchtige Agitatoren, und nicht nur Berliner,

das sind nicht immer die höchsten, verhindert werden. Aber auch durch diese Touren wird eine Konferenz nicht überflüssig. Wir fürther haben die Meinung, daß wir vielleicht ein viel größeres Interesse an einer Konferenz haben als manche andere Zahlstelle. Bei uns besteht mit den Arbeitgebern ein Vertrag, durch welchen für eine bestimmte Leistung ein bestimmter Lohn garantiert ist. Verlangen wir nun von unseren Arbeitgebern einen höheren Lohn, so werden wir immer auf die Konkurrenz verdielen, und das mit Recht. In der Tat sehen wir, daß sich die Verhältnisse in unserem Beruf in anderen Zuläufen rapid verschletern. Jugendliche Arbeiter und weibliche Arbeitskräfte finden immer mehr Verwendung und werden für uns zur großen Gefahr, wenn nicht rechtzeitig Einschalt geboten wird. Das kann aber nur geschehen, wenn wir Hand in Hand arbeiten und die Sache nicht plan und ziellos laufen lassen. Voraussetzung für ein Vorwärtschreiten in unserer Zahlstelle ist das Nachfolgen der anderen. Um diese Gedanken richtig zum Ausdruck zu bringen und mit Beweisgründen zu belegen, ist dieser Raum nicht ausreichend, deshalb brauchen wir eine gemeinsame Aussprache. Weil einige Konferenzen enttäuschten, darf man nicht gleich sagen, daß nützt bei uns auch nichts. Wenn nur überall der Wille zur Tat vorhanden ist, wird es auch nützen. Die Abstimmung ergab 88 Stimmen für und 12 gegen eine Konferenz.

**Gronau i. Westf.** Am 23. September fand hier eine öffentliche Agitationssitzung statt, in welcher Kollege Molmann aus Hannover über den Nutzen des Verbandes und unsere Aufgaben im Kampf ums Dasein referierte. Zu der Versammlung hatten sich auch einige Christen eingefunden, die sich in der Diskussion mit mehr Eifer als Erfolg bemühten, ihre M.-Wiedbacher Weisheit an den Mann zu bringen. An den Kollegen in Gronau liegt es nun, energisch zu agitieren. Die ersten Späne sind gefallen, sorgen wir, daß das ganze Stück bearbeitet wird, damit wie auch in Gronau Freude legen und Licht in die Köpfe der Arbeiter bringen können.

**Halle a. S. (Stellmacher.)** Die Firma Ludwig Hohne, Luxuswagen- und Karosseriebau, sucht im "Arbeitsmarkt" fortgesetztes Kastenmacher und Kastenhelfer. Wir bitten die Kollegen, auf dieses Angebot nicht einzugehen. Es sind am Orte noch genügend Kollegen vom Streit in der Waggonfabrik von Lüdner vorhanden, die zunächst untersuchen müssen und mit denen die Firma auch genügend ihren Bedarf an Arbeitskräften decken kann, sobald sie solche benötigt. Dies scheint jedoch nicht einmal der Fall zu sein, da sämtliche Bänke zurzeit besetzt sind.

**Hedelungen (Hohenzollern).** Am Gögewerk von Wiedt wechselt die Behandlung der Arbeiter mit der Jahreszeit erheblich. Während es im Sommer angeht, ist es mit dem Nachlassen der Arbeit im Herbst und Winter kaum zum Aushalten. Kleiderarten wie Kindersh, Esel, Faulenzer sind dann keine Seltenheiten, jüngeren Arbeitern werden sogar Schläge angeboten. Dabei ist der Verdienst ein kurzer niedriger. An diesen Verhältnissen sind aber die Arbeiter selbst schuld, von den 15 bis 20 Beschäftigten ist leider nur ein Teil im Verbande. Wären alle organisiert und würden diese ihre eigenen Interessen über die bestehenden verbindungsähnlichen Beziehungen stellen, ließen sich die Missstände in diesem Betriebe sehr bald beseitigen.

**Mabenau.** Schon seit Jahren besteht hier ein von der Zahlstelle eingerichteter Arbeitsnachweis. Die meisten Kollegen benutzen diesen auch, weil sie den Wert desselben kannten. Dadurch waren auch die Arbeitgeber gezwungen, denselben in Anspruch zu nehmen. In den Jahren 1908 und 1909, wo die Konjunktur in der Stahlindustrie ziemlich schlecht war, nahm ein Teil der Arbeitgeber den Arbeitsnachweis erst in Anspruch, wenn durch Konkurrenz keine Arbeitskräfte zu erhalten waren. Auch jetzt, wo der Geschäftsgang wieder ein flotter ist, machen es einige Arbeitgeber genau so. Um nun eine geregelte Arbeitsermittlung für alle Betriebe und Kollegen herbeizuführen, nahm die leichte Mitgliederversammlung einstimmig eine Resolution an, welche es sämtlichen Mitgliedern zur Pflicht macht, nur den von der Zahlstelle eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem örtlichen Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Stahl- und Möbelindustriellen in Verbindung zu treten, um zu versuchen, eine Regelung der Arbeitsvermittlung, die für beide Teile annehmbar ist, herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband hat sich bereit erklärt, in Verhandlungen über diese Frage mit uns zu treten. Einsteigen darf kein Kollege Arbeit anders annehmen, als durch Vermittlung unseres Arbeitsnachweises.

**Rosenheim.** (Vorstellung falscher Tatsachen u.) Die Rosenheimer Schreinermeister, die bis Juni d. J. noch als Mitglieder des Arbeitgeber-Schulzverbandes geführt wurden, veröffentlichten in Nr. 210 des "Rosenheimer Anzeiger" den bekannten Aufruf auf Preiserhöhung für Schreinerarbeiten. Solange die Preissteigerung des Holzes, Schellack, Leim u. dergl. in Betracht kommt, ist dagegen nichts einzubringen, obwohl die mit zur Begründung angeführte Behauptung, daß "Spezial-Eiche erste Qualität, welche nur unter den größten Opfern zu haben sei", hier recht gewagt erscheint. Als ob schon ein Rosenheimer Meister solches Holz und gar erste Qualität in neuemswertiger Menge verarbeitet hätte! Doch das mögen sie mit ihrer Kundhaft ausmachen. Wogegen sich die Gesellsen entschieden wenden müssen, ist die Behauptung der Meister: "Ganz besonders fühlbar sind auch die in diesem Frühjahr den Arbeitern gemachtten Zugeständnisse an Löhnen, Arbeitseinsichtverkürzungen, Montageaufschläge (!) u. a. geworden. Die von der Firma so schwer betroffene Holzindustrie hatte beim Abschluß ihrer Verträge jedoch nur die Wahl zwischen einem monatelangen Abwehrkampf mit den schwersten wirtschaftlichen Erdüttungen oder gewissen Zugeständnissen usw." — Die Rosenheimer Schreinermeister haben damit öffentlich na sagen wir, "stark gesunken". In Rosenheim hat weder heuer noch in früheren Jahren eine Lohnbewegung der Schreiner stattgefunden, die Meister waren daher auch nicht an den heurigen großen Tarifverhandlungen beteiligt. Es müssen hier wieder einmal die hohen Löhne herhalten, obwohl es stadtbekannt ist, daß bei den Schreinern von solchen gar nicht geredet

werden kann. Schuld, daß es so ist, tragen allerdings jene gleichgültigen Gesellsen, die sich um die Organisation bisher nicht gekümmert. Diese öffentliche Aufforderung der Meisterschaft zeigt ihnen mit Deutlichkeit, was nun ihre Pflicht wäre, da die ersten schon im voraus den Profit für ihre Produkte, in Erwartung einer künftigen Lohnbewegung der Gesellsen, in die Tasche stecken. Rosenheim mit seinen 14 000 Einwohnern gehört heute zu den teuersten Orten unserer Gebirgsgegend. Die Preise für Lebensmittel sind in den letzten Jahren ganz horrend in die Höhe getrieben worden, und trotzdem schlummern gerade die einheimischen Schreinergesellsen den Schlaf des Gleichgültigen und hungern weiter. Darum rufen wir diesen heute wiederum zu, schlägt Euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, zur Erringung der von den Meistern bereits von der Rundschau eingehobenen Zugeständnisse an Löhnen und vertützter Arbeitszeit.

**Möth a. S.** Am benachbarten Georgensgrund sprach am 18. September Kollege Mörsberger-Hürth über: "Ziele und Erfolge der Gewerkschaftsbewegung". Die fürther Kollegen haben ein Interesse daran, daß die Löhne, die der von Hürth nach Georgensgrund ausgewanderte Galanteriewarenfabrikant Schaller bezahlt, unbedingt in die Höhe gebracht werden, da es ihnen sonst unmöglich ist, in ihrer Zahlstelle für dieselben Branchenangehörigen weitere Fortschritte zu erzielen, nachdem von den Fabrikanten immer auf die Schmuckkonkurrenz des Herrn Schaller verwiesen wird. Obwohl diesem Herrn alle Vorwürfe einer Industriearmen Gegend zugute kommen, zahlt er an seine Arbeiter Löhne von 12, 14, 15 M. bei 8-Stündiger und noch längere wöchentlicher Arbeitszeit und nachdem sie 10—14 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Leider haben diese Kollegen bis heute noch nicht begriffen, daß sie sich unsrer Verbandsmitgliedschaft anschließen müssen, um höhere Löhne, fürzere Arbeitszeit zu erkämpfen, da von der Gnade ihres Arbeitgebers nichts zu erwarten ist. Nun findet in nächster Zeit eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt und werden unsere Kollegen heute schon erwarten, dieselbe vollständig zu besuchen. Wenn die fürther Fabrikanten für dieselbe Arbeit 25—30 M. bezahlen können, so liegt es hier nur an den Kollegen, ihren Arbeitgeber zu zwingen, Zugeständnisse zu machen. Das kann aber nur geschehen, wenn sie sich unserem Verbande anschließen und nach dem Sprichwort: "Einer für alle, alle für einen!" handeln. Eine Organisation, wie der Deutsche Holzarbeiterverband, die schon in ganz Deutschland die Arbeitszeit der Holzarbeiter verkürzte und die Löhne erhöhte, ist wirklich in der Lage, auch die Verhältnisse der Kollegen in Georgensgrund zu verbessern; vorausgesetzt, daß sie sich derselben als Mitglied anschließen und treu zu ihr halten.

**Wattenscheid.** In der Schreinerei von Ede herrschen noch sehr mißliche Zustände. Besonders die Behandlung von Seiten des Werkführers ist als recht unmöglich zu bezeichnen. Die Kollegen werden mit allerlei Froschmänen belästigt, und eine ganz besondere Abneigung hat der Herr gegen die Organisation. Als vor kurzer Zeit vier Kollegen des Mittags drei Minuten zu spät kamen, wurden sie am Tor mit den Worten empfangen: "Heut braucht Ihr nicht mehr anzufangen, könnt auch gleich Eure Papiere mitnehmen." Dieselben waren nämlich als Kommission gewählt, um bei Herrn Ede vorstellig zu werden, zwecks geheimer Arbeitsbedingungen und besserer Behandlung von Seiten des Werkführers. Aber auch dieser Herr wird sich mit den unabänderlichen Tatsachen abfinden müssen, auch wenn es noch so schwer fällt. In dem Betrieb herrscht ein starker Wechsel; in sechs Wochen sind 40 bis 50 Kollegen ein- und ausgegangen. In einer Werkstatt von 15 bis 20 Mann sagt das genug. Die Entlassung der vier Verhändler wird der Werkführer zwar auf andere Gründe zurückführen (die sind ja immer zur Hand, wenn es gilt, Unbekümmerte los zu werden), er durfte aber damit bei unseren Kollegen wenig Glauben finden. Wir möchten unsere Verbandskollegen auf diese Firma aufmerksam machen, und damit ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.

#### Sterbetafel.

**Hans Beckner,** Drechsler, 26 Jahre alt, gest. 16. September 1910 zu Dinslaken (Tuberkulose).

**Edward Brett,** Tischler, 70 Jahre alt, gest. 26. September 1910 zu Stuttgart.

**Karl Diehl,** Tischler, 66 Jahre alt, gest. 22. September 1910 zu Stuttgart.

**Hermann Bräder,** Stellmacher, 65 Jahre alt, gest. 16. September 1910 zu Braunschweig. (Darmleiden.)

**Karl Krug,** Tischler, 41 Jahre alt, gest. 18. September 1910 zu Ulrich. (Lungen schwindsucht.)

**Eridolin Brust,** 19 Jahre alt, gest. 31. August 1910 zu Hattingen (Unfall).

**Franz Krettek,** 35 Jahre alt, gest. 28. August 1910 zu Köpenick.

**Ernst Jeremiah,** 45 Jahre alt, gest. 14. September 1910 zu Stuttgart (Lungenleiden).

**Paul Quast,** Maschinenarbeiter, 48 Jahre alt, gest. 12. September 1910 zu Steglitz.

**Karl Emil Treiber,** Tischler, gest. 12. September 1910 zu Mühlhausen i. Elz.

**Louis Berger,** Tischler, 21 Jahre alt, gest. 28. August 1910 zu Halle a. S. (Krebsgeschwulst).

**Georg Hilgenberg,** Tischler, 46 Jahre alt, gest. 31. August 1910 zu Kassel (Blinddarmentzündung).

**August Schmidt,** Tischler, 53 Jahre alt, gest. 1. September 1910 zu Kassel (Unfall).

**Kriedrich Berthold,** Tischler, 63 Jahre alt, gest. 9. August 1910 zu Neugersdorf (Tuberkulose).

**Th. Hübler,** Tischler, 39 Jahre alt, gest. 8. September 1910 zu Leipzig.

**Johann Knippel,** Tischler, gest. 4. August 1910 zu Stade (Darmverschlingung).

**Wilhelm Wegner,** Tischler, 40 Jahre alt, gest. 9. September 1910 zu Tilsit.

**Ehre ihrem Andenken!**

**Die Ortsverwaltungen.**

#### Unsere Vorbewegung.

##### Der Kampf auf den Werken.

Das Interesse an der Entwicklung der Dinge auf den Gesellschaftswerken ist in den letzten Tagen ein wenig zurückgetreten hinter der Frage, ob die Metallindustriellen ihre Aussperrungsdrohungen wahrnehmen werden. Bekanntlich haben die Werkbesitzer die Führung ihrer Sache dem Gesamtverband der Metallindustriellen übertragen, und dieser hat sofort beschlossen, seiner bedrängten Gruppe Gesellschaftswerken durch eine Aussperrung zu Hilfe zu kommen, die sich auf 60 Proz. der beschäftigten Arbeiter erstrecken soll. Am 8. Oktober soll die Aussperrung beginnen, aber vorher sollen noch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen gepflogen werden.

Doch die Aussperrungsdrohungen der Unternehmer ernst gemeint sind, unterliegt keinem Zweifel. Die Schriftsteller brünnen darauf, an den verhaktten Gewerkschaften einen Altersschwund vorzunehmen. Tatsächlich sind auch in einer großen Reihe von Betrieben die Kündigungen bereits erfolgt. In anderen Betrieben zögert man allerdings noch, da die äußerst günstige Konjunktur, die zurzeit in der Metallindustrie herrscht, auch den aussperrenden Unternehmern schweren Schaden zufügen würde. Von der Aussperrung sollen natürlich in erster Linie die Verbandsmitglieder betroffen werden, und in vielen Betrieben wurden zu dem Zweck Erhebungen über die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter vorgenommen. Die Stellung der örtlichen Organisationsleiter zu diesen Aussperrungs-Vorbereitungen scheint nicht einheitlich zu sein. In Berlin z. B. ist von der Leitung des Metallarbeiterverbandes die Parole ausgegeben worden, auf Befragen die Organisationszugehörigkeit offen zu gestehen. Anders scheinen die Metallarbeiter in Breslau beschlossen zu haben, was aus der folgenden Erklärung der Hirsch-Dunder-Schule Organisation der Metallarbeiter zu schließen ist, die diese in der bürgerlichen Presse veröffentlicht:

"Entgegen den Beschlüssen der Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiterverbandes — bei der am 8. Oktober d. J. zu erwartenden Aussperrung —, die Organisationszugehörigkeit zu verleugnen, hat die Bezirksteilung des dritten Bezirks des Gewerbereis des Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) in Verbindung mit einer kombinierten Vorstands- und Verfrauenmärschung beschlossen, die Zugehörigkeit zum Gewerberei nicht zu verleugnen, sondern hochzuhalten. Die Gewerberei verlangen in ihren Programmen die volle Koalitionsfreiheit und das gesetzliche Koalitionsrecht; aus diesem Grunde können sie einer Verleugnung der Koalition nicht zustimmen, da diese eine Charakterlosigkeit ist, und innerhalb der Arbeiterschaft alle Energie und Kraft verloren gehen würde und dieselben zu Helden erniedrigt werden. Aus diesen Gründen werden die Gewerberei vereinbarte verpflichtet, die von ihrer Organisationsleitung herausgegebene Parole zu befolgen und zur Durchführung zu bringen."

Das soll nun den Eindruck erwecken, als seien die Hirsche ganz besondere mutige Gesellen, in Wirklichkeit legt aber diese Bekanntmachung nur Zeugnis ab von der grenzenlosen Feigheit der Hirsch-Dunderschen. Wenn beschlossen wird, die Organisationszugehörigkeit dem neugierigen Unternehmer gegenüber zu verleugnen, so hat das lediglich den Zweck, dem aussperrungswütigen Schriftsteller die Auslese unter den auszusperrnden Arbeitern zu erschweren. Es handelt sich um eine taktische Maßnahme, über deren Anwendung je nach den besonderen Umständen des Falles zu entscheiden ist. Die Hirsche wollen jedoch mit der, im Gegensatz zu dem Beschluss des Metallarbeiterverbandes erfolgenden Bekanntgabe ihrer Organisationszugehörigkeit lediglich bei den Unternehmern um gut Wetter bitten. Sie hoffen, wenn ihre Eigenschaft als Hirsche bekannt ist, von der Aussperrung verschont zu bleiben. Die bombastischen Worte, in welche der feige Beschluss eingehüllt wird, macht dieses Unglücksprodukt nur noch widerlicher.

Inzwischen hat der Gesamtverband der Metallindustriellen Verhandlungen eingeleitet, indem er dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlick, eine entsprechende Einladung zugehen ließ. Diese Tatsache ist an sich schon bedeutungsvoll. Sie bedeutet die Anerkennung der Arbeiterorganisation durch den Gesamtverband, der bisher zu den Unternehmerorganisationen gehörte, die den Herr-im-Hause-Standpunkt am rücksichtslosen vertreten haben. Es war vereinbart worden, die Verhandlungen am 26. September beginnen zu lassen, und auffälligerweise war jetzt von den Unternehmern keinerlei Versuch gemacht worden, irgendeinen Einfluß auf die Zusammenziehung der Arbeitervertretung auszuüben. Nach Rücksprache mit anderen Organisationsleitern hat also dann der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes je einen Vertreter der beteiligten Verbandsvorstände und die beiden Vorsitzenden der Zentralverfassungskommission, daneben aber auch je einen Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerbereins und des christlichen Metallarbeiterverbandes zunächst zu einer Vorbesprechung eingeladen, an welche sich dann die Verhandlung mit der Unternehmerorganisation anschloß. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften freiwillig die Hirsch-Dunderschen und die Christen zu den Verhandlungen beigezogen, beweist, welcher Wert der künftlichen Entwicklung über die Unzulänglichkeit der "sozialdemokratischen" Gewerkschaften beizumessen ist. Gelbe haben natürlich an den Verhandlungen nicht teilgenommen, und das Zielzielende Wünsche wurden auch von den Unternehmern nicht mehr erhoben.

Über das Ergebnis der Verhandlungen, die am 26. September in später Stunde abgebrochen und am

28. September fortgesetzt wurden, ist bisher entsprechend einer Vereinbarung der Teilnehmer nichts veröffentlicht worden. Es wird weiterverhandelt, und zwar ist die Kommission, die ihre ersten Sitzungen in Berlin abhielt, am 3. Oktober zur Fortsetzung der Verhandlungen in Hamburg zusammengetreten. So sehr es zu wünschen wäre, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zeitigen, wird man doch gut tun, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Die Lage ist im höchsten Maße kritisch, und die Gefahr, daß in den nächsten Tagen die riesige Aussperrung in der Metallindustrie beginnt, ist sehr groß. Die Wirkungen eines solchen Kampfes werden sich, wenn er zum Ausbruch kommt, sehr bald weit über den Kreis der eigentlichen Metallindustrie hinaus bemerkbar machen. Da der Aussperrungsbeschluß auch für die im Gesamtverband der Metallindustriellen organisierten Waggon-, Automobil-, Maschinen- und anderen Fabriken gilt, die eine größere Zahl von Holzarbeitern beschäftigen, dürfte auch unser Verband in erheblichem Maße direkt an dem Kampfe interessiert werden. Dementsprechend wird die Entwicklung der Dinge von unserer Verbandsleitung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In den nächsten Tagen muß die Entscheidung fallen. Sollte es zum Kampf kommen, dann wird man die Gewerkschaften gerüstet finden.

Die Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen sind, wie wir bei Aktionschluss erfahren, am 3. Oktober endgültig geschlittert. Die Massenaussperrung in der Metallindustrie ist also unabwendbar. Inwieweit sie durchgeführt wird, werden die nächsten Tage lehren.

In Annendorf bei Halle a. S. mußte der Streit in der Waggonfabrik von Gottfr. Lindner als ausichtslos aufgehoben werden. Die Zahl der von außen mit ungeheurem Kosten herangeholten Streitbrecher war in letzter Zeit eine zu große geworden. Die Firma weigert sich, organisierte Holzarbeiter überhaupt einzustellen, was ihr allerdings auf die Dauer nicht gelingen wird. Es wird vielmehr unsere Aufgabe sein, den Betrieb sobald als möglich wieder mit organisierten Kollegen zu besetzen und die Scharte wieder auszuweichen. Soviel dürfte auch feststehen, daß die Firma in diesem Kampfe auch gelernt hat und für die Zukunft sich hüten wird, ihre Arbeiter wieder in einen solchen Streit hineinzutreiben. Es sind circa 18 Kollegen auf der Strecke geblieben, die zum großen Teil auswärts in Arbeit treten wollen. Es sind dies vor allem Stellmacher und Maschinenarbeiter. Wir bitten deshalb die Ortsverwaltungen, falls sich für dieselben anderwärts Arbeitsgelegenheit bietet, uns dies mitzuteilen.

In Berlin sind die Klavierarbeiter in eine partielle Lohnbewegung eingetreten. Zu etwa 30 Betrieben sind bis jetzt Forderungen gestellt worden. Die Bewegung hat bisher einen günstigen Verlauf genommen. Bei einer Reihe von Firmen wurde ein Erfolg ohne Arbeitsniedrigung erzielt; bei einer Anzahl weiterer Firmen nach kurzem Streit. Nur der Pianofortefabrikant Reimann, bei dem sich die Kollegen seit vier Wochen im Ausland befinden, weigert sich hartnäckig, zu bewilligen. Dieser Unternehmer bemüht sich frapphaft, aus dem östlichen Deutschen Land Arbeitswillige heranzuziehen.

In Borna bei Leipzig sind, da durch die Hartnäckigkeit der Inhaber der Harmoniumsfabrik Lindholm und der Pianofortefabrik G. Heyl die Verhandlungen gescheitert sind, sämtliche organisierte Tischler, Polierer, Harmoniumbauer, Zusammensetzer, Drechsler und Stuhlbauer in den Ausstand getreten. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten, um auch hier zur Durchführung zu bringen, was von anderen Orten schon längst erreicht ist.

In Husum ist der Vertrag für die Möbelfabrik am 1. Oktober abgelaufen. Zweds Generierung desselben fanden kurz vorher Verhandlungen im Beisein unseres Gauvorstehers und des Fr. v. Weiswirz als Vertreter des Arbeitgeberverbandes Unterste statt, die zu folgendem Ergebnis führten: Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden pro Woche. Der Mindestlohn beträgt für Tischler 50 Pf., für Polierer 48 Pf. pro Stunde. Auf die schon höheren Löhne erfolgt ein sofortiger Aufschlag von 1 Pf. und am 1. Januar 1912 ein weiterer Aufschlag von 2 Pf. pro Stunde. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 5 resp. 10 Pf. Aufschlag pro Stunde vergütet. Die bestehenden Tarifpreise werden am 1. Januar 1911, am 1. Januar 1912 und am 1. Januar 1913 um je 3 Prozent erhöht. Bei Lohnarbeit der Altordarbeiter sowie bei neuen Mustern und Veränderungen wird dem betreffenden Arbeiter sein bisheriger Durchschnittsverdienst garantiert und wöchentlich ausbezahlt. Wenn sich bei der Verförderung neuer Arbeiten eine falsche Kalkulation ergibt, wird unter Zugrundelegung des bisherigen Durchschnittsverdienstes die Differenz zurück- resp. nachbezahlt. Gemischte Akorde sind nach Möglichkeit zu vermeiden, höchstens dürfen zwei Sorten von gleicher Art je zur Hälfte vertreten werden. Der Arbeiterausknauf wird als Vertretung der Arbeiter von der Firma anerkannt. Der so geforderte Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1914. — Für die Bildhauer, deren Vertretung wir ebenfalls übernommen hatten, war eine Verbesserung nicht zu erzielen, da dieselben kurz vorher entlassen worden waren. — Die Hilfs- und Maschinenarbeiter sind im Fabrikarbeiterverband organisiert und erfuhrten ein weit geringeres Entgegenkommen als die Tischler. Es ist uns nicht bekannt, wie sich dieselben dazu stellen werden.

In Koblenz hat die Heinrichsche Pianoforte-fabrik A.-G. vorm. C. Maud die Arbeiter aussperrt. Seit längerer Zeit besteht dort Unzufriedenheit der Kollegen, die ihren Grund in den fortgesetzten Lohnreduzierungen und sonstigen Schikanierungen hat. Vor kurzem wurde den Bodenmätern durch eine Neuerung der Arbeitsmethode eine Lohnreduktion auferlegt, welche durch energisches Eingreifen zurückgewiesen wurde. Jedoch wurden unmittelbar darauf Entlassungen von organisierten Kollegen bekannt, die als Maßregelungen zu betrachten waren, weil vorher sowie nachher neue Einstellungen erfolgten. Die Kollegen forderten darauf zunächst die Rücknahme der Maßregelungen und eine 6- bis 8pro-

zentige Lohnaussteigerung sowie Bezahlung der Überstunden. Wenn man in Betracht zieht, daß noch Löhne von 12 Pf. pro Woche vorkommen, so ist diese Forderung jedenfalls berechtigt. Eine Verhandlung mit der Firma über diese Angelegenheit war erfolglos. Die Folge war, daß in verschiedenen Branchen die Kündigung eingereicht wurde. Dies hat die Firma veranlaßt, sämtlichen Arbeitern zu kündigen, so daß wir es nun mit einer allgemeinen Aussperrung zu tun haben.

In Leipzig befinden sich die Mitarbeiter in einer Lohnbewegung. Der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarifvertrag ist am 1. Oktober abgelaufen, und ist bisher über die eingereichten Forderungen der Holzbauern eine Einigung nicht erzielt worden. Gefordert wird die Einführung der 8-stündigen Arbeitszeit, Erhöhung der Mindeststundenshöhe, Revision und Erhöhung des Altordtarifes, Aufschlag für Ueberstunden und Freitagstolnhaltung. Nach den gespülten Verhandlungen mit den Unternehmen muß mit der Arbeitsniederlegung gerechnet werden, und sind deshalb die Unternehmen auch lebhaft bestrebt, Arbeitswillige heranzuziehen. Sie richten dabei ihr Augenmerk besonders auf die Holzbauern im Erzgebirge. Wie ersuchen deshalb die dortigen Verwalterungen, uns alle diesbezüglichen Mitteilungen sofort zu geben zu lassen und für Fernhaltung des Zuganges zu wirken.

In Mühlhausen i. Th. haben die Kollegen den Unternehmen einen Tarifvertrag angeboten, durch den endlich auch hier geregelte Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden sollen. Die Unternehmer zeigten aber leider kein Interesse gekommen, lehnten vielmehr die Forderung des neunstündigen Arbeitstages entschieden ab und wollen obendrein noch die seither bestandene Lohngarantie bei Altordarbeit abschaffen und die Agitation auf den Werkstätten verbieten. Deshalb traten am 28. September zunächst in einigen Werkstätten circa 170 Mann in den Streit. Ein Kleinmeister Müller hat darauf Streikarbeit zur Fertigstellung übernommen, woraufhin auch die dort beschäftigten Gesellen die Arbeit einstellten. Alle Bemühungen der Unternehmer, Arbeitswillige zu erhalten, waren bisher vergeblich. Wenn dies so bleibt, ist ein Erfolg sicher.

In Nürnberg ist der Streit der Mechaniker nach 18wochiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet und ist somit die Sperrung aufgehoben. Erreicht wurde ein einheitlicher Tarif für ganz Nürnberg, welcher eine beträchtliche Lohnhöhung gegen die früheren Altord- und Stundenlöhne bringt. An die hiesigen Kollegen möchten wir das Erreichte richten, für die Zukunft etwas mehr Interesse unserer Sache entgegenzubringen und unsere Versammlungen besser zu besuchen, dann werden wir unslande sein, gegen ungewöhnliche Zumutungen stets Front zu machen.

#### Ausland.

In Sofia in Bulgarien drohen ernste Differenzen auszubrechen. Unsere dortige Bruderorganisation hatte schon in den Jahren 1905 und 1908 in schweren Kämpfen erreicht, daß die Arbeitszeit von 11 auf 9 Stunden herabgesetzt und der Lohn von 3,60 auf 5 Pf. erhöht wurde. Jetzt möchten die Unternehmer, die sich inzwischen auch organisiert haben, die zehnstündige Arbeitszeit mit Lohnkürzungen durchzuführen und drohen, diese Verschlechterungen durch eine Aussperrung zu erzwingen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, Arbeitsangebote nach Sofia abzulehnen.

In Sarajevo in Bosnien stehen seit dem 10. September die Tischler im Abnebstreit. Die Arbeitgeber versuchten, jetzt die Altordarbeit einzuführen, obgleich der seit drei Jahren bestehende Vertrag nie Taglohn vorsieht. Von den Streikenden sind viele abgereist. Einige Kleinmeister vereiteln Streikarbeit. Die Kollegen hoffen bestimmt auf einen Erfolg, da in diesem Jahre sehr viele Bauten ausgeführt werden, doch sind diese infolge eines Baugewerbestreits noch zurück, so daß mit einer längeren Dauer des Ausstandes gerechnet werden muß.

#### Aus der Holzindustrie.

Albert Mölle †.

Der frühere langjährige Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Kollege Albert Mölle, ist am 28. September in Hamburg gestorben. Mit ihm ist eines der ältesten Mitglieder unseres Verbandes aus dem Leben geschieden. Mölle hat sowohl in unserer eigenen Organisation als auch in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle gespielt und neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Arbeiterbewegung wertvolle Dienste geleistet.

Mölle ist am 1. Juli 1856 in Nörenberg in Sachsen geboren, er hat also ein Alter von 51 Jahren erreicht. Als Tischler arbeitete er zur Zeit des Sozialistengesetzes in Nürnberg. Damals, als der Tischlerverband nur ein kleines Häuslein Mitglieder musterte und die Tätigkeit in der politischen Arbeiterbewegung ein gefährliches Unternehmen war, welches nicht selten „von Rechts wegen“ lange Gefängnisstrafen zur Folge hatte, stand Mölle sowohl in seiner Gewerkschaft als auch in der Parteiorganisationbold mit an der vorbersten Stelle. Als die „Neue Tischlerzeitung“ infolge der Ausdehnung der Organisation ihren Leserkreis so erweitert hatte, daß die Anstellung eines Expedienten zur Notwendigkeit wurde, wurde Kollege Mölle auf diesen Posten berufen, den er zum 1. Januar 1890 antrat. Im Jahre 1893 erfolgte die Gründung des Holzarbeiterverbandes, und aus der „Neuen Tischlerzeitung“ wurde die „Holzarbeiter-Zeitung“; in dem Personalbestand trat jedoch vorerst eine Aenderung nicht ein. Eine solche machte sich erst notwendig, als der seitige Redakteur des Verbandsorgans, Kollege Pfannlach, als Sekretär in den Parteivorstand berufen wurde und diese Stelle zum 1. Januar 1894 antrat. Die Preß-

Kommission, welcher die Besetzung des freigewordenen Postens oblag, brachte dem Expedienten Mölle ein so großes Vertrauen entgegen, daß sie ihm die Medaileurstelle übertrug.

Mölle selbst trug Bedenken, das Amt anzunehmen, er zweifelte an seiner Fähigkeit, diesen Posten voll auszufüllen. Die Folge hat aber gezeigt, daß dieser Zweck unbegründet war. Mölle hat all die Jahre hindurch sein Amt zur vollen Zufriedenheit der Kollegenschaft ausfüllt. Und wenn der Verband im Laufe der Zeit sich kräftig vorwärts entwickelt und an Mitgliedern und an Einfluss wuchs, so ist das zu einem guten Teil dem Willen Albert Möllers zu danken gewesen. Von dem Amt, dessen sich Mölle über den Kreis der Mitglieder unseres Verbandes hinaus zu erfreuen hatte, gibt die Tatsache Kunde, daß er im Jahre 1898 vom Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften gewählt wurde, und deren Mitglied blieb, bis sie zum 1. Januar 1903 nach Berlin überstieß.

Lange Zeit hindurch war in unserem Verband die Frage der Zusammenlegung des Vorstandes und der „Holzarbeiter-Zeitung“ diskutiert worden. Auf dem Verbandstag in Leipzig im Jahre 1904 fiel endlich die Entscheidung. Es wurde beschlossen, die Zeitung an den Sitz des Verbandsvorstandes nach Stuttgart zu verlegen. Dieser Beschuß war gegen den Willen Möllers gefaßt worden, es schien aber, als ob er sich mit der für den 1. Januar 1905 in Aussicht genommenen Ueberstellung nach Stuttgart abgefunden hätte. Als jedoch der Termin näher rückte, da zeigte es sich, daß die Bande, die ihn mit Hamburg verknüpften, doch stärker waren, als er gedacht hatte. Mölle war im Jahre 1904 durch das Vertrauen der Hamburger Arbeiterschaft in die Bürgerschaft, das Parlament der hanseatischen Republik, gewählt worden; außerdem kamen auch persönliche und familiäre Rücksichten in Betracht, die Mölle schließlich bewogen, auf die Stelle als Medaileur der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu verzichten.

Er vertauschte diesen Posten mit dem Amt des Gauvorstehers in Hamburg, zu welchem er im Hinblick auf die lebhafte Versammlungssagitation, die er seither schon entfaltet hatte, wohl qualifiziert erschien. Volle Bekämpfung fand Mölle jedoch in dieser Stellung nicht, und ebensowenig auf dem Posten als Hamburger Parteisekretär, den er um die Mitte des Jahres 1908 annahm. Die Zeit, die er an der „Holzarbeiter-Zeitung“ tätig war, ist nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Er war Gewerkschaftsredakteur geworden, und er vermied die ihm lieb gewordene Beschäftigung. Als ihm deshalb im Jahre 1907 die Medaille des „Bauhilfsarbeiter“ angetragen wurde, übernahm er den Posten, und er hat sich in der Zeit, da er die Medaille dieses Blattes führte, schnell das Vertrauen der Mitglieder des Bauhilfsarbeiterverbandes erworben. Daneben hat aber Mölle auch weiterhin unserem Holzarbeiterverband sein tatkräftiges Interesse erhalten, und bis zur letzten Neuwahl in diesem Jahre war er auch Mitglied unseres Hamburger Gauvorstandes geblieben.

Schon seit langem wurde Mölle von einem schweren Kranken-Gallen- und Leberleiden heimgesucht, das jedoch seine Willenskraft nicht lähmte. Energisch und entschlossen trat er stets für das ein, was er einmal als richtig erkannt hatte. Dabei war er persönlich liebenswürdig und ehrgeizig, und seine Aufrichtigkeit im Verkehr verschaffte ihm viele Freunde. Wer Gelegenheit hatte, dem untersehnten Mann mit dem wallenden Patriarchenknoten näherzutreten, wird ihn in freundlicher Erinnerung behalten. Wir sind mit Mölle das letztemal vor wenigen Wochen auf dem Kongress in Copenhagen zusammengekommen, an dem er als Vertreter des dritten Hamburger Wahlkreises teilnahm. Er folgte aufmerksam den Verhandlungen, aber man sah es ihm an, daß er körperlich nicht auf dem Posten war. In Copenhagen hatte er einen neuen Anfall seines Leidens erlitten, und er erholte Erfolg von der Operation, der er sich auf Anraten des Kopenhagener Arztes gleich nach seiner Rückkehr nach Hamburg unterziehen wollte. Das Krankenhaus hat Mölle wohl aufgesucht, aber er hat es lebend nicht wieder verlassen.

Nun ruht er aus nach hartem Kampf im Dienste der Arbeiterbewegung. Die deutschen Holzarbeiter aber werden das Andenken Albert Möllers stets in Ehren halten.

Am Sonntag fand das Leichenbegängnis statt. Vom Eppendorfer Krankenhaus bewegte sich in den Nachmittagsstunden ein riesiger Trauerzug nach dem Ohlsdorfer Friedhof. Tausende gaben unserem alten Kollegen das letzte Geleite und etwa ebenso groß drückte die Zahl derer, welche ihm nicht selten „von Rechts wegen“ lange Gefängnisstrafen zur Folge hatte, stand Mölle sowohl in seiner Gewerkschaft als auch in der Parteiorganisationbold mit an der vorbersten Stelle. Als die „Neue Tischlerzeitung“ infolge der Ausdehnung der Organisation ihren Leserkreis so erweitert hatte, daß die Anstellung eines Expedienten zur Notwendigkeit wurde, wurde Kollege Mölle auf diesen Posten berufen, den er zum 1. Januar 1890 antrat. Im Jahre 1893 erfolgte die Gründung des Holzarbeiterverbandes, und aus der „Neuen Tischlerzeitung“ wurde die „Holzarbeiter-Zeitung“; in dem Personalbestand trat jedoch vorerst eine Aenderung nicht ein. Eine solche machte sich erst notwendig, als der seitige Redakteur des Verbandsorgans, Kollege Pfannlach, als Sekretär in den Parteivorstand berufen wurde und diese Stelle zum 1. Januar 1894 antrat. Die Preß-

#### Aus der Sudostländer des Reichsverbandes.

Der ob seiner Wahrheitsliebe sprichwörtlich gewordene Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat sich neuerdings unseres Deutschen Holzarbeiterverband als Zielscheibe für seine misslungenen Wutgeschosse ausgeworfen. Durch die gesinnungstüchtige Presse, die aus der Spie-

Füde des Reichsverbandes gespreist wird, geht ein Elaborat, in welchem die von ungetrennen Funktionären unseres Verbandes verübten Unterschlagungen als Anlaß zur Verunglimpfung des Verbandes und seiner Leitung genommen werden. Der Reichsverbandmann, der die Notiz verbrochen hat, entrüstet sich darüber, daß nur „die wenigsten der Langfinger dem Gericht übergeben wurden“, und schreibt dazu weiter:

„Ein günstiges Licht auf die im Holzarbeiterverband herrschenden übllichen Ausbausungen wirft es keineswegs, wenn im Jahre 1908/09 ganze 9 Mitglieder wegen Unterschlagung aus dem Verband ausgeschlossen wurden, während alle anderen nachdem gemachten ungetrennen Wonten noch wie vor das Vertrauen ihrer Verbandskollegen genießen. Einigen Schmerz bereite es der Leitung, daß die Mitglieder ihre Verbandsbücher schuldenhalber immer wieder verpfänden“, obgleich „solche Verpfändungen nicht statthaft“ sind und „eventuell“ den Ausschluß aus dem Verband zur Folge haben können. Die Worte sind leere Drohung, zumal das Jahrbuch gegenüber dem häufigen Diebstahl von Mitgliedsbüchern nur die schwache Mahnung findet, diesen „Wertgegenstand“ besser zu hüten. Trotzdem unlautere Machenschaften in großem Maße vorgekommen sein müssen, sind nur 8 Mitglieder „wegen Betrugs“ ausgeschlossen. Und hierfür finde das Jahrbuch (S. 107) sogar noch die faulste Entschuldigung, daß es sich bei den Betrugsfällen fast nur um unrechtmäßige Verwendung von Beitragsmarken aus alten Mitgliedsbüchern gehandelt habe.

Man kann es ja begreifen, daß eine sozialdemokratische Verbandsleitung, der fast täglich Fälle von Unregelmäßigkeiten, Unterschlagungen, Beträgerien der Verbandsangehörigen zu Ohren kommen, schließlich abgibt und gleichgültig wird; dann soll man aber auch einen zugeben, daß zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Moral ein immelweiter Unterschied besteht — nicht zum Nachteil der bürgerlichen.“

Was zunächst den auf die Mitgliedsbüchern bezüglichen Fassus des Geschreifels anlangt, so ist es für jedes Verbandsmitglied klar, daß der Verfasser der Notiz, um seiner Verleumdungsfest zu föhren, Dinge heranzieht, die er bei einer Vorsicht unbedingt hätte lassen müssen, da sie sich für seinen Zweck ganz und gar nicht eignen. Dafür, daß unorganisierte Schülzlinge des Reichsverbandes unseren Mitgliedern deren Verbandsbücher stehlen, um sich damit unrechtmäßige Vermögensvorteile zu verschaffen, kann man unseren Verband wohl beim besten Willen nicht verantwortlich machen. Und ebensoviel eignet sich die an die Worte der Mitglieder gerichtete Warnung, ihre Mitgliedsbücher zu verpfänden, zu einem Vorwurf gegen unseren Verband und seine Leitung.

Nicht habensachen ist der Vorwurf, daß im Holzarbeiterverband „unlautere Machenschaften in großem Maße vorgekommen sein müssen“. Wenn unser Verband nach dem Muster des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie organisiert und verpallet würde, dann wäre ein solcher Vorwurf verständlich. Tatsächlich ist aber die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in jeder Beziehung offen und durchsichtig. Abgesehen von sonstigen Publikationen gibt es alljährlich einen umfangreichen Bericht heraus, der alle Arten seiner Tätigkeit umfaßt und in dem er über jeden Punkt seines Glanzpunkts und Ausgaben einen peinlich genauen Nachweis liefert. Dieses Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiterverbandes erscheint nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern kann von jedem durch den Buchhandel bezogen werden. Unser Verband hat nichts zu verheimlichen, und sein Jahrbuch berichtet nicht nur von den Fortschritten und Erfolgen des Verbandes, sondern es gibt auch Runde von den wenigen erfreulichen Verfehlungen einzelner seiner Mitglieder. Welche Organisation außerhalb des Kreises der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften kann sich einer solchen Offenheit in ihrer Berichterstattung rühmen? Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie am allerwenigsten. Und da liegt es ein obskurer Stibitz, aus dieser ehrenwerten Gewerkschaft, die Moral unserer Verbandsleitung in Zweifel zu ziehen!

Die Tatsache, daß auch in unserem Verband Unterschlagungsfälle vorkommen, ist gewiß bedauerlich, aber es fällt uns gar nicht ein, darüber den Mantel christlicher Liebe zu decken, wie das in anderen Kreisen, wo die veruntreuten Summen um ein Vielfaches größer sind, nur zu oft geschieht. Wer sich bei uns an den in seine Verwahrung gegebenen Arbeitersachen vergreift, wird gebrandmarkt, und in den geeigneten Fällen erfolgt auch Strafanzeige. Wenn letzteres nicht in allen Fällen geschieht, so trägt daran zum Teil die Rechtsprechung schuld. Wiederholt sind in Fällen, die von uns als Unterschlagungen angesehen wurden, von Gerichten Freisprechungen erfolgt, und noch häufiger kommt es vor, daß eine Strafverfolgung von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wird. Das ist mit ein Grund dafür, daß vor der Anprüfung des Strafrichters jedes einzelne Fall sorgfältig geprüft wird. Als sorgfamer Verwalter des Verbandsvermögens legt übrigens der Verbandsvorstand tatsächlich mehr Wert auf die Rückerstattung des veruntreulichen Gutes, als auf die gerichtliche Abschaffung des Täters.

Es fällt uns nicht ein, diejenigen, die sich an dem Eigentum des Verbandes vergreifen, zu entschuldigen. Aber rein menschlich betrachtet, verdient der Ernährer einer zahlreichen Familie, der sich in der etwa bei längerer Arbeitslosigkeit entstandenen Not an dem in seinem Gewahrsam befindlichen fremden Gut vergreift, viel eher Mitleid, als manche Reichsverbandsgrößen, die trocken hohen Einkommen ihre Rechte nicht achten könnten. Wenn der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sich herbeilassen wollte, diejenigen seiner Mitglieder, die sich an auvertraulichem Gut vergrieffen haben,

in ähnlicher Weise, wie es der Holzarbeiterverband tut, schön geordnet der Öffentlichkeit zu übergeben, dann wollen wir über dieses Thema gern weiter mit ihm diskutieren. Über das ist ja gerade der Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Moral, daß sich eine so unaubere Gründung, wie die des Reichsverbandes, zum Güter der bürgerlichen Moral aufzuwerfen und sich trost des riesigen Volks im eigenen Auge über den Splitter in dem ihres Gegners aufzuhalten kann.

Will man sich schon im Lager unserer Gegner über Übelnisse aufzuhalten, dann lägen doch andere Thesen viel näher. Wie steht es denn mit dem Menschenverzug gegenüber dem Staat, den sich agrarische sowohl als industrielle Unternehmer bei ihrer Steuereinschärfung abschrecklich zuschulden kommen lassen? In den Chor der Kläffer, die sich das Gebel der Reichsverbandes zu eigen machen, hat sich auch das Kanzlerblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gemischt. Hat dieses Blatt keine Kenntnis davon, in welcher Weise sein ehemaliger Hörner, der Fürst Bismarck, den Staat betrogen hat? In dem Fall empfehlen wir ihm, bei Herrn v. Gerlach Erklärungen einzuziehen, der hat erst kürzlich über die Erfahrungen, die er als Vorsitzender der Steuereinschärfungskommission in dem Bezirk, in dem Bismarck sein Einkommen defektierte, recht erbauliche Dinge mitgeteilt. Und Leute, die in dem *Leiter des Fraudanten Bismarck* den Helden der Nation verehren, haben den Mut, sich über die kleinen Schäfer zu entrüsten, die ein paar Mark Verbandsbeiträge unterschlagen haben. Aber das ist — bürgerliche Moral, wie sie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie versteht.

**Groß-Schuldbürgerschaften aus Hörn.** Unter dieser Überschrift bringt die neuzeitliche Nummer der „Nachzeitung“ einen von C. Mahardt unterzeichneten Artikel. Herr Mahardt ist hier etwas sehr voreilig gewesen. Er stützt sich anscheinend auf Berichte, die ihm von dem Vorsitzenden der Berliner Ortsgruppe des Arbeitgeberverbands zugegangen sind, ohne daß er diese Berichte der sorgfältigen Nachprüfung unterworfen hätte, die gerade bei Mitteilungen, welche von dem betreffenden Herrn kommen, ganz besonders notwendig ist. Wir werden den interessanten Fall in der nächsten Nummer eingehend behandeln.

## Gewerkschaftliches.

### Strafkämpfe in Berlin.

Die Presse ist in den letzten Tagen gefüllt mit Nachrichten über Unruhen, die sich eine Reihe von Tagen hindurch in dem Berliner Stadtteil Moabit abgespielt haben. Man schreibt von Streitkrawallen, von plauschiger Organisation von Streitkämpfen, die natürlich von der Sozialdemokratie angezettelt wurden und das scharfmärschische Zeitungsgesetz schreit sich heiser nach gewaltsamen Repressalien gegen die Sozialdemokraten. Wenn man den Berichten in der bürgerlichen Presse Glauben schenken will, dann töbt der Aufruhr in Moabit, und man kann es verstehen, wenn der ehrbare Spiegel dabei das Gruseln bekommt. In Wirklichkeit sind jedoch die Nachrichten stark übertrieben. Sie sind meist auf polizeiliche Quellen zurückzuführen, und ihre Inspektoren verfolgen den Zweck, die Polizeibeamten als Helden erscheinen zu lassen, die das Vaterland aus einer großen Gefahr errettet haben. Aber selbst wenn man die Nachrichten auf ihren wahren Wert zurückführt, bleibt immer noch genug übrig, um die von den Polizisten provozierten Ausschreitungen höchst bedauernlich zu finden.

Es fehlt heute noch die Möglichkeit, sich ein absolut authentisches Bild von den Vorgängen selbst und von den Ursachen, die sie veranlaßt haben, zu machen. Anscheinend sind sie auf das provokatorische Vorgehen der Polizei und einiger Streitbrecher zurückzuführen. Seit Kurze Zeit stehen die Arbeiter der Kohlenhandlung Aupser u. Co., deren tatsächlicher Besitzer der Gedankengut主人 ist, im Streit. Die Firma hat sich Streitbrecher besorgt, welche von der Polizei in der Weise geschult wurden, daß jeder Kohlenwagen ein Halbdutzend Polizisten zu Pferd und zu Fuß als Eskorte erhielt. Einer dieser Streitbrecher war das Ehrengeleit so in den Kopf gestiegen, daß er — wie Streitbrecher können einen losziehen — auf die Leute, die sich den wunderbaren Aufzug aufzuhören, schoss. Es waren Arbeiter der dem Kohlengeschäft gegenüber gelegenen Löweschen Fabrik, die nun natürlich dem Revolverhelden das gefährliche Schießen abnehmen wollten. Stattdoch dieses Vorhaben zu unterstüzen, begannen die Polizisten auf die Arbeiter einzuhauen und unternahmen einen formidablen Sturm auf die Löwesche Fabrik. Erklärlicherweise ließen sich die mit Werkzeugen versehenen Metallarbeiter nicht widerstandsfrei von den wildgewordenen Polizisten abmischen. Das war Montag, den 26. September um die Mittagszeit. In den Abendstunden sammelten sich dann in der Gegend größere Menschenmassen an, und seitdem herrschte dort einige Tage lang Kriegszustand.

Es ist begreiflich, daß das Vorgehen der Polizei aufläufe verursachte. Hatte schon die sonderbare Eskorte der Kupferschen Kohlenwagen in der Stadt Aufsehen erregt, so trugen die grell auftragenden Zeitungsnachrichten das ihre dazu bei, die unsauberen Elemente, den Mob und das Bühlertum aus ganz Berlin nach dem Kampfplatz zu locken. Es mögen auch viele Neugierige darunter gewesen sein, und besonders Bassanten, deren Weg durch die betreffenden Straßen führte. Ihnen gegenüber wendete die Polizei ihre altdoktante Methode an. Es wurden schneidige Attacken zu Fuß und zu Pferde ausgeführt. An manchen Stellen setzte sich das Publikum zur Wehr, es soll auch geschossen worden sein. Das gab wiederum der Polizei Ver-

anlassung, den letzten Rest von Menschlichkeit abzustreifen und es den blutdürstigen Kosaken gleichzutun. Sie begnügte sich nicht mehr damit, die Straßen zu säubern, d. h. Tumultanten sowohl als harmlose Bürger, Wölfe, Frauen und Kinder unterschiedslos mit Säbeln und Brownings zu attackieren und nieberzutreten, sie erwies sich auch ein Salvenfeuer auf die Fenster der Häuser, aus welchen angeblich Flösschen und Steine auf die blutigen Schüsse des Publikums“ geworfen wurden.

Die Vorgänge wiederholten sich an mehreren Abenden, und es soll dabei zu schauderhaften Szenen gekommen sein. Allerdings sind die Greuelataten des Publikums in der von der Polizei bedienten bürgerlichen Presse furchterlich übertrieben worden. So soll z. B. nach einer dieser Nachrichten eine Kirche erstrümmt, ihre Tore erbrochen, die großen kunstvollen Fenster zertrümmert worden sein. In Wirklichkeit beschämte sich der Schaden darauf, daß einige Buhnscheiben eingeschossen waren. Nurwieweit die zahlreich unter die randalierenden Elemente gemischten Achtgroschenjungs die Exesse verursacht haben, wird die spätere Untersuchung ergeben — oder auch nicht ergeben, denn die Toten dieser dumten Ehrenmänner läßt man nicht gern offenkundig werden.

Die Einfachheit der Berliner Polizeisabab und der Gunnitküppel der Achtgroschenjungs haben neben einer Menge sonstiger Unbeteiligter auch die Verliererstatte verschiedener Berliner Zeitungen am eigenen Leibe zu erproben Gelegenheit gehabt. Das wird allerdings die Leiter unserer herrlichen Polizei wenig genieren. Unangenehmer dürfte ihnen ein Vorfall sein, dessen Opfer vier ausländische Journalisten, Vertreter angesehener englischer und amerikanischer Zeitungen, geworden sind. Sie hatten ein Auto benutzt, um sich das Werk der Polizei in der Nähe zu betrachten. Ein Polizeioffizier hatte ihnen gestattet, die Postenlette zu passieren. Als sie an einer „gesäuberten“ Stelle hielten, rief ein Mann in Brillen einer Gruppe von sechs Polizisten zu: „Dreihäufen, auf die Kerle dort im Auto!“ Dieser Befehl wurde prompt befolgt, auf die Journalisten fuhr ein Hagel von Steinen nieder. Wenn nicht der Chauffeur, der auch einige Steine abgeworfen hat, schleunigst Vollampf gegeben hätte, wäre es den Herren sehr viel ergangen. Immerhin hat einer von ihnen eine schwere Wunde davongetragen.

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß die organisierten Arbeiter mit den Ausschreitungen nichts zu tun haben. Das muß selbst die Polizei angeben. Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ erklärte der Kommandeur der auf mehr als 1200 Mann verstärkten Polizeitruppe am Kriegsschauplatz, Polizeimajor Mau:

„... Lebzigens waren bei den späten nächtlichen Exessen gestern nach meiner Überzeugung vielleicht Arbeiter oder Streikende wenig oder gar nicht beteiligt. Der Janusgagel bildete wohl durchweg die Ansammlungen. Ein wirklicher Sturm auf die Reformationskirche hat auch nicht stattgefunden, namentlich ist keine Tür aufgesprengt. Im ganzen wurden sieben Buhnscheiben durch Steinwürfe zertrümmert.“

In einem späteren Polizeibulletin heißt es allerdings, daß sich unter den Verhafteten auch einige organisierte Arbeiter befänden. Das ist schließlich kein Wunder. Die Polizeiaffären spielen sich in Straßen ab, in denen sonst ein sehr reger Verkehr herrscht und die von Personen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten passiert werden. Wenn die Polizisten die Leute, die sich auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte befinden, in heimlichster Weise überfallen, dann fallen ihren Brutalitäten auch solche Leute zu tun haben.

Soviel steht jetzt schon fest. Die Vorgänge in Moabit, die eine ganze Woche lang alle Welt in Aufregung gehalten haben, sind eine Folge der provokatorischen Parteinäthe der Polizei gegenüber streikenden Arbeitern. Sie haben ihre Bedeutung und ihren Ursprung nur erlangen können durch die grenzenlose Uneschlichkeit der Polizei, deren Maßnahmen den Anschein erwecken, als sei es ihr nicht auf die Verhinderung der Bevölkerung angelommen, sondern darauf, ein Gemetzel zu veranstalten und den blutgierigen Instinkten ihrer uniformierten und mehr noch ihrer nicht uniformierten Beamten Raum zur Tätigkeit zu geben. Dieser Zweck ist auch erreicht worden. Das ist jetzt schon klar, es wird noch deutlicher in Erscheinung treten, wenn der Nebel, in der die polizeifreie Presse die Vorgänge gesellschaftlich einholt, sich verzogen haben wird und man ins Lande ist, die Dinge deutlicher zu sehen.

Der Mühlenerarbeiterverband hat sich zum 1. Oktober mit dem Verband der Brauereiarbeiter verschmolzen. Zu gleicher Zeit hat die „Mühlenerarbeiter-Zeitung“ ihr Erscheinen eingestellt. Das Organ des Brauerverbandes erscheint vom gleichen Zeitpunkt ab unter dem Titel „Verbands-Zeitung“.

## Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsauslast des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

**Sozialismus und Genossenschaftsbewegung.** von Bertrud David. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1 M. Vollausgabe 10 Pf. Aus dem Inhalt erwähnen wir folgende Kapitelüberschriften: Der Sozialisierungsprozess der Gesellschaft. — Der Genossenschaftsgedanke in der Geschichte des Sozialismus. — Die Produktionsgenossenschaft. — Die Konsumgenossenschaft. — Die landwirtschaftlichen Genossenschaften. — Beziehungen zu den anderen Gliedern der Arbeiterbewegung.

## Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Samstag, den 15. Okt., abends 7 Uhr, Sitzungssitzung der Modell- und Fabrikarbeiter im Gewerkschaftshaus, Neuer Saal 8.

Waldheim, Sonnabend, den 16. Okt., abends 8½ Uhr, findet im "Schlosscafé" eine Mitgliederversammlung statt.

## Anzeigen.

Chemnitz, Bureau: Dresdenerstr. 89 p. Gedruckt von 10-1 Uhr vormittags und von 5-7½ Uhr nachmittags. Postfach Arbeitsnachwuchs von 10-11 Uhr vormittags, umschauen strengstens verboten.

Hamburg, Der parlamentarische Arbeitsnachwuchs ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg, Weddewardsstraße 41. Für den geschäftlichen Verkehr geöffnet von vormittags 9 bis 1 Uhr. Telefon Würzburg 111, 4420 und Gruppe 1, 3719.

Das Umschauen im Fabrikgebiet Hamburg-Milnau, Wandsbek, Wilhelmsburg und Schleswig ist strengstens verboten. Die Einstellung der Vertragsbranche darf nur durch den parlamentarischen Arbeitsnachwuchs erfolgen.

Osnabrück, Holzstuhl. Der Arbeitsnachwuchs befindet sich v. 1. Oktober ab im Hotel "Stadt Lübeck", Albrechtstraße, Dafelde, Niedersachsen, abends 7-8 Uhr. Ratslinie bei München. Der Arbeitsnachwuchs für Bergarbeiter, Polierer, Grindler, Rahmenstreiner und alle in der Gussfeuerbranche beschäftigten Arbeiter befindet sich bei Kollegen Georg Südlöhl, Brauerei Hafslin, wochn. alle Anfragen zu richten sind. Die Kollegien werden ersucht, mir diesen Arbeitsnachwuchs zu berichten. Umschauen ist verboten.

Wetzlar, Arbeitsnachwuchs, Arbeitslosentontrotz und Niederschriften beim Kollegen Johann Bauer, Altstadtstraße 22 II. Umschauen strengstens verboten. Ratslinie über vorläufige Verhältnisse erliegen der Bevollmächtigte Dr. Böhmer, Deutliche Karl-Friedrichstraße 99 III und der Kasseler G. Schönemann, Schönemannsstraße, 1 II.

Rabenau, Den Kollegen zur Kenntnis, daß das hierfür Fachstellenbüro nur der Arbeitsnachwuchs des Verbandes zu benutzen ist, alles Umschauen und Ratslinie von Arbeit durch Interesse, ist nicht gestattet. Die Arbeitsvermittlung geschlecht vormittags von 11 bis 12 Uhr im Bureau.

Werden, Sachsen. Der Arbeitsnachwuchs befindet sich Steinbachstraße 6 I. Unts. Es wird erlaubt, nur durch diesen Arbeit anzunehmen. Das Umschauen ist verboten.

Reutlingen, Arbeitsnachwuchs Hohenstraße 50. Umschauen strengstens verboten.

**Heinr. Werner,** Schreiner, Buchen, 24019. Wird gebeten, seine Adresse an Gust. Niemann, Salzuflen, Hochstr. 24. zu senden an Joh. Eg. Steiner, Einmündungen, Mindenstraße 34. Auch die Kollegen werden um die Adresse gebeten.

**Heinrich Nowack,** Tischler, Buchen, 457489. sende deine Adresse an Gust. Niemann, Salzuflen, Hochstr. 24.

**Emil Graf,** Stocher, zum 1. Okt., wird aufgefordert, seiner Verpflichtung in der Zahlstelle Quedlinburg sofort nachzukommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband  
Zahlstelle Stettin.  
Unser Verbandsbüro befindet sich vom 1. Oktober d. J. ab  
**Große Oderstr. 18-20 pt.**

**Zahlstelle Cassel.**  
Fest des 25jährigen Stiftungsfestes ::  
am Sonnabend, den 15. Okt., abends 8½ Uhr

Festkommers. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags von 4 Uhr ab Tanzkrönchen im Gewerkschaftshaus.

Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen sind freundlich eingeladen.

Die Ortsverwaltung. Tüchtige Tischler für keine Tischlerarbeiten finden dauernde Stellung.

**Gehr. Behold, Görlitz, Sachsen.** 2 Tischergesellen gesucht auf weiße Stoffmöbel, saubere Arbeit wird verlangt.

Dauernde Beschäftigung.

**H. Rieck,** Möbeltischler mit elektr. Betrieb Wismar, Böttcherstr. 9.

2 Möbeltischler, die furnierte Arbeit nach Zeichnung sauber herstellen, können für dauernd gesucht, sofort eintreten. Verheiratet, bevorzugt.

**Joh. Fass,** Möbeltischler mit Krafteintrieb Rieddorf-Brandenburg.

**6 tüchtige Möbeltischler** auf furnierte Sachen, ein Maschinenarbeiter und ein Tischler, bei hohem Lohn, finden dauernde Beschäftigung bei

**Karl Schmidt,** Wriezen a. O. Möbelfabrik mit Dampfbetrieb.

Tüchtige Tischler auf Luxusmöbel, sowie solche auf Tische, eingearbeitet, finden bei hohen Allorhängen dauernde Beschäftigung. Bei Lohnarbeit 40 Pf. pro Stunde.

**G. Wunderlich,** Lübbenau.

Tischergesellen auf Möbel stellt für dauernd ein.

**O. Gothe,** Möbelfabrik, Treuenbrietzen.

Tischler auf bessere furnierte Möbel sucht

**H. Abendroth** Waldesh. b. Schöltorf, Holländische Grenze.

2 tüchtige Stuhlpolierer werden sofort eingestellt.

**Guido Franz,** Nienhausen Bezirk Dresden.

Einen tüchtigen Bau- und Möbeltischler sucht

**Karl Auras,** Urkrohnstadt, Bösen.

Tüchtigen Möbelholzler auf Sofageselle

und Sessel zu sofort gefunden.

**E. Zehn,** Marchen i. Westen.

2 Tischergesellen auf Bau- und Möbelarbeit sucht sofort.

**Karl Weber**

**Klein-Gilber** bei Nech, Kr. Arnswalde.

**Polierer** für dauernde Beschäftigung

gesucht.

**O. Grätsche & Co.,**

Luxusmöbelfabrik, Eleganz 1.

Einige tüchtige Holzarbeiter der Goldleistungbranche finden sofort gut bezahlte, dauernde Beschäftigung. Mähres durch

**Oskar Stehle,** Wolfsburg, Illm a. Donau

Biegelgasse 1 l.

Tüchtig, **Holzdrucker**, in mittl. Jahren,

sucht auf bessere Arbeit dauernde Stellung

in Mühlgr. Sachsen. Off. erb. u. O. P. 100

postlagernd Mittweida 1. G.

**Stocarbeiter**, Sekretärspizer und weiter können Arbeit nachgewiesen erhalten durch die Centralcommission der Stocarbeiter. Adresse:

**J. Gilbebrandt,** Altdorf, Selchowerstr. 6.

2 tüchtige mähdene Korbmacher auf grünem

Gemalt und Geschlagen für sofort gesucht.

**Paul Winkler,** Herisfeld 1. Olsbg.

2 Korbmacher auf Ballon sofort gesucht.

**Richard Zeldmann,** Paasand, Kr. Striegau.

2 Korbmacher auf Grobgeschlagen für

dauernde Stellung sofort gesucht. Güterlohn.

**Oskar Markert,** Wöhla (Sachsen).

2 tüchtige Korbmacher auf grünem Ge-

schlagenes für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

**M. W. Lohbauer,** Korbgeschäft

Eibach bei Altenberg.

**Korbmacher** (Mutterarbeiter) stellt ein

**Fr. Küg,** Spandau, Seeburgerstraße 18.

Ein Korbmachergehilfe auf Geschlagen und Gestellarbeit. Johs. Kapit., Bremen.

**Korbmacher** auf bessere Peddigmöbel verlangt

**Fechner,** Berlin, Potsdamerstr. 51.

Sucht sofort noch einen jüngeren Korb-

macher auf Grün und Weißgeschlagen.

**Franz Treidler,** Korbmachermeister

Wöppen b. Heringsb. Sachsen.

**Korbmacher** auf grüne Arbeit (auch Mohr)

sucht sofort **G. Ulrich,** Ritterberg-Wöhrendorf

Wasserstoffstraße 6.

**Korbmacher - Gesucht.**

Weitere tüchtige Korbmacher auf groß- u. kleingeschlagen Arbeit finden sofort dauernde und gut bezahlte Beschäftigung.

**Carl Eckenfelder,** Wallingen (Würtb.)

Tüchtiger Bohrer findet dauernde Be-

schäftigung.

**J. L. Klein,** Württembergische

Württembergische Fabrik, Schwäb. Hall.

**50 Mark Belohnung**

zahle f. die Vermittl. d. Verkaufs e. gebraucht.

**Höbel** u. **Kehlmach.**, 1/2 m br. m. 4 Meiss-

wellen, 2 Höbeln, 2 Lehnen, 2 Türen, 2 Spalten usw.

Verlauf w. Todesfall zu jed. annehmb. Preis.

**Fr. W. Föddern,** Hamburg, Domherrenbrookerstr. 48.

zahle f. die Vermittl. d. Verkaufs e. gebraucht.

**Höbel** u. **Kehlmach.**, 1/2 m br. m. 4 Meiss-

wellen, 2 Höbeln, 2 Lehnen, 2 Türen, 2 Spalten usw.

Verlauf w. Todesfall zu jed. annehmb. Preis.

**Spezial - Geschäft** für Tischlerwerkzeug - Neuheiten.

Preisliste gratis und franco.

**Otto Bergmann,** Berlin 50, 33, Oppenauerstr. 31.

In entwerteten

**einfacher**

und klarer Weise lehren die Selbst-

unterrichtswerke System Karnack-

Hachfeld: **Zimmermeier.** Holz-

bildhauer, Kunst- und Möbel-

tischler, Baustischler, das an den

betr. Fachschulen gelehrt Wissen,

dessen man zur Erlangung höherer

Stellen resp. zur Ablegung einer

Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge,

Anerkennungen und Ansichtsend,

bereitwillig ohne Kaufzwang.

**Bonness & Hachfeld,** Potsdam W. 10.

**Slomkes Städtebuch**

Leitfährer durch Deutschland u. ang. Länder

mit Eisenbahn- u. Wegeführte, 356 Seiten, geb.

M. 1,20. In all. Buchdr. zu haben od. geg.

Eins. von M. 1,40 bei **G. Slomke,** Bielefeld.

**Süddeutsche**

**Schreiner-Fachschule**

Münster Kirchenweg 14 ● Erste Klasse Lehranstalt

● Dir. Carl Malbaum. ●

## Almanach

für das Jahr 1911

Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes

"Dieser Almanach ist der beste Gewerkschaftskalender, der uns zu Gelingt gekommen ist. Er kann für alle ähnlichen Unternehmen als Muster dienen." (Metallarbeiter-Zeitung.)

Ein durch Vielseitigkeit des Inhalts, Objektivität und geschickte Anordnung gleich ausgezeichnetes, lehrreiches Buchlein." (Soziale Praxis.)

"Der Kalender gehört zu den deutschen Gewerkschaftskalendern, die am gleichzeitigen Zusammenfeste und redigiert sind." (Frankfurter Volksstimme.)

"Es ist ein alter lieber Bekannter, der uns da in gleichmäßiges Format und schöner Ausstattung vorliegt." (Düsseldorf-Volksszeitung.)

Der neue Almanach erscheint Ende Oktober. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die alte Holzarbeitergewerkschaft in Dresden (mit Bild). Der Deutsche Korkarbeiterverband. Eine schwarze Liste von 1792. Wilhelm Scheppelecker (mit Bild). Fingerzeige für Reisen ins Ausland. Streik im Faubourg von Paris (mit Bild). Die gebräuchlichsten Möbelmodelle. Gute Ratschläge für Redner usw. usw.

Wir bitten die Zahlstellenverwaltungen, Ihre Bestellungen nunmehr umgehend an uns einzulenden.

Verlagsanstalt

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes